

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bezugsbedingungen und in allen Abteilen erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (frei Haus) 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Oberbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfach Dresden Nr. 18 699, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-2, Oberbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Druckanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

4. Jahrgang Dresden, Donnerstag den 30. August 1928 Nummer 203

Der Volksentscheid eingereicht

38440 Unterschriften in 2 Stunden im Berliner Wedding

Berlin, 30. August (eigene Drahtmeldung). Am Mittwoch haben die Reichstagsabg. Genossen Bled und Münzenberg den Zulassungsantrag auf Einleitung eines Volksbegehrens im Reichsministerium des Innern überreicht mit nachfolgendem Gesetzesantrag: „Der Bau von Panzerkreuzern und Kriegsschiffen ist verboten.“ Der Antrag ist unterzeichnet von der Kommunistischen Partei und dem Roten Frontkämpfer-Bund.

Glänzender Auftakt in Berlin

Berlin, 30. Aug. (Eig. Drahtbericht). Die erste Unterschriftensammlung für das Volksbegehren, die gestern abend von unserer Berliner Parteiorganisation auf dem roten Wedding vorgenommen wurde, hatte einen glänzenden Erfolg. Statt 5000 Unterschriften, die für die Einreichung des Volksbegehrens notwendig sind, wurden von 18 bis 20 Uhr 38 440 Unterschriften gesammelt. Außerordentlich stark haben sich die Mitglieder der Kommunistischen Partei und die Kameraden des Roten Frontkämpferbundes zur Unterschriftensammlung eingefunden. Sie wurden fast überall in den Arbeiterquartieren mit Zustimmung empfangen und stießen sehr selten auf Ablehnung von bornierten SPD-Funktionären. Außerordentlich zahlreich sind auch die Unterschriften von SPD-Mitgliedern und Reichsbannerkameraden; oft kam auch die Unterschrift nach langer Diskussion zustande. Oft haben mehrere Familienmitglieder ihre Unterschrift vollzogen. Starker Andrang herrschte in den Lokalen, wo die Arbeiter und Arbeiterinnen sich aus eigener Initiative einfanden und begeistert sich zur Unterschrift drängten. In einigen Lokalen mußten die Tische auf die Straße getragen werden, und vor den Tischen standen zahlreiche Unterzeichner Schlange.

Das ist ein prächtiger Auftakt für den begonnenen Kampf, für die große Massenmobilisation gegen den Panzerkreuzer und die Aufrüstung des neuen deutschen Imperialismus. So wie in Berlin wird die Volksentscheidaktion der Kommunistischen Partei auch in allen anderen Städten und Orten begeistert Zustimmung, vor allem in den Arbeiterquartieren, finden. Auch die Panzerkreuzerjäger werden mit ihrer Hebe es nicht verhindern können, daß die Massen der sozialdemokratischen Wähler sich für den Volksentscheid erklären. Die Arbeitermassen begreifen, daß es sich hier nicht nur um die 80 Millionen für das Panzerkreuzer A handelt, sondern daß der Volksentscheid die Einleitung einer großen Volksbewegung gegen die Bestrebungen des deutschen Imperialismus, gegen die Kriegspolitik der deutschen Bourgeoisie bedeutet, in deren Verlauf sich die Millionen Massen der Werktätigen formieren zum einheitlichen außerparlamentarischen Kampf gegen die Trutzregierung und die Macher eines Krieges gegen die Sowjetmacht.

Der Kampf wird mit dem nunmehr einzuleitenden Volksbegehren beginnen. Mächtiger noch als bei der Bewegung zur Einleitung der Fürsten wird diesmal der Strom anschwellen. Das deutsche Proletariat hat aus der Bewegung gegen die fürstlichen Räuber gelernt. Gemißdamals gelang es der Bourgeoisie mit Hilfe ihrer Presse und dem ungeheuren Einfluß der Kirche, Millionen von Arbeitern, Kleinbürgern u. Bauern gegen den Volksentscheid zu gewinnen. Heute liegen die Dinge etwas anders. Die ungeheure Aufklärungsarbeit, die Wirkungen der Koalitionspolitik und der Herrschaft des Bürgerblocks haben die Linksentwicklung ungeheuer gefördert. Die Lage ist heute ernster denn je.

Die Massen der Werktätigen, die von der SPD mit ihren Wahlversprechungen auf das Schändlichste betrogen wurden, werden sich von den Panzerkreuzerjägern nicht davon abhalten lassen, den Kampf aufzunehmen; sie verstehen, daß derjenige, der gegen den Krieg ist, auch die Bewegung des Volksentscheids unterstützen muß.

Aufgabe unserer Parteigenossen wird es jetzt sein, in den Massen der Arbeiter die Voraussetzung für einen erfolgreichen Kampf zu schaffen. Kein Betrieb, keine Arbeiterorganisation, keine Gewerkschaft, die nicht zum Volksentscheid Stellung nimmt, das muß die Parole sein.

In der Massenbewegung der Millionen muß der Kampf gegen die Bourgeoisie und ihre Panzerkreuzerbauende SPD gewonnen werden.

Keinen Pfennig für Panzerkreuzer!
Nieder mit der Panzerkreuzer-Sozialdemokratie!
Hincin in die KPD!
Alle Kraft für den Volksentscheid!

Für den Volksentscheid

In der vollständig besetzten Betriebsversammlung der Schußfabrik Dresden/1, Postwitz, die am 29. August stattfand, wurde nach dem Referat des Genossen W. einstimmig eine Entschließung angenommen, die sich gegen die Bewilligung des Panzerkreuzers wendet und für die Durchführung des Volksentscheids einsetzt.

In Halle wurde ein Bezirkskomitee gegen Panzerkreuzerbau und Kriegsgelahr gebildet, dem folgende Organisationen angehören: KPD, Bezirksleitung Halle-Merseburg; KPD, Bezirksleitung Halle-Merseburg; KPD, Gauleitung Halle; KPD, Gauleitung Halle; KPD, KPD, Landesvorstand Halle-Merseburg; KPD, KPD, KPD, Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit. „Daraus zum Kampf“ mit der Aufforderung, sofort eine einheitliche Abwehrfront gegen Panzerkreuzerbau und Kriegsgelahr aufzurichten und den einzuleitenden Volksentscheid zu unterstützen.

Das Doppelspiel der „Linken“

Mit Volldampf im Panzerkreuzerkurs

Die „Linken“ in Sachsen befinden sich in der Lage, ihr wirkliches Gesicht zeigen zu müssen. Die, um die Empörung der Massen aufzulösen, in den sozialdemokratischen sächsischen Zeitungen geminte Enttäuschung tritt zurück. Ohne Schlußfolgerungen kann man den Wortabwärtismus nicht mehr fortsetzen. Aber gerade diese Schlußfolgerungen wollen und können die sächsischen SPD-Führer nicht ziehen. Die Schlußfolgerungen müßten sie trennen von der SPD. Deswegen vollziehen die sächsischen SPD-Zeitungen jetzt, insbesondere durch die Einreichung des Volksentscheids vor die Konsequenzen gestellt, die Schwächung. Das übliche Mittel ist die frivole Kommunistenhebe. Hat sich während der letzten Tage am Kurs der SPD etwas geändert, ist sie vom Panzerkreuzerkurs abgerückt? Keineswegs. Das Zentralorgan der Partei, der Vorwärts, vertritt von Tag zu Tag entschieden die Weiterführung des Panzerkreuzerkurses. Die Parteileitung gibt ganz klar ihren Willen kund, sich gegen die Stimmung ihrer Mitglieder, gegen die revolutionären Arbeiter, aber auch gegen die „Linken“ Manichäer durchzusetzen. Die „Linken“ befehlen sich deswegen auch schnellstens, zu Kreuze zu kriechen.

Schon am Dienstag nahmen wir zu einem Artikel des Vorwärts, „Die tiefsten Ursachen“, Stellung. In diesem Artikel vertrat der Vorwärts ganz klar die Fortsetzung des Panzerkreuzerkurses und erklärte, daß man wohl aus militärischen Gründen wegen der Wertlosigkeit der Panzerkreuzer gegen den Bau derselben sein könne. Im übrigen forderte der Vorwärts ein Wechselsprogramm für die SPD. Das sächsische Volksblatt nahm zu diesem Artikel Stellung. Es war schon bezeichnend, daß diese Zeitung des Herrn Segemith versuchte, den Arbeitern vorzutäuschen, mit diesem Artikel sei das Zentralorgan auf dem Wege zur Besserung. Er erkenne schon an, daß die Mehrheit der Partei gegen die Panzerkreuzerpolitik sei. Aber ganz verdammt selbst das Blatt dieses gerissenen Demagogen nicht den wirklichen Sinn des Artikels zu verschleiern. Zu klug hätte Stamper geschrieben: „Wäre es ein besseres Kriegsschiff, dann hätten der Vorstand und die Minister grundförmlich für den Bau gestimmt.“ Das sächsische Volksblatt jammert deswegen:

„Das sind in der Tat Offenbarungen, die uns eine Aussprache vor dem höchsten Forum der Partei als dringend notwendig erscheinen lassen. Viele Parteioptionen haben die Einberufung des Parteitag gefordert.“

Dresdner Arbeitersportler für Volksentscheid

Von der Sächsischen Sportvereinigungen erhalten wir Mitteilung über die in der Vorstandskonferenz vom 25. 8. 28 gegen eine Stimme (bei 70 anwesenden Delegierten) angenommene Entschließung, die sich für den von der KPD eingeleiteten Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau ausspricht. Wir drücken diese Entschließung nachstehend ab.

„Die am 25. August 1928 tagende Vorstandskonferenz des 2. Fußballbezirkbezirks beauftragt den Bezirksvorstand, einen Aufruf an alle Bundesgenossenzuerlassen, in welchem aufgefordert wird, sich nachdrücklich für den im Reichstag eingebrachten Volksentscheid gegen den Flottenbau einzusetzen. Die Arbeitersportler, gleich welcher Partei, haben das größte Interesse daran, einen neuen imperialistischen Krieg zu verhindern, da sie die Soldaten der Revolution sind. Die Beschlüsse der vier sozialdemokratischen Minister sind ihnen unverkündlich und sie fordern, daß die für den Panzerkreuzer eingelegten Mittel zu Kulturzwecken verwendet werden. Die Dresdner Arbeitersportler sehen in dem Volksentscheid eine wirksame Waffe gegen die bürgerliche Gesellschaft, und so ist es Pflicht eines jeden Genossen, für diesen einzutreten. Der Sieg durch den Volksentscheid wird auch unser Sieg sein!“

Damit gibt das sächsische Volksblatt offen zu, daß die Panzerkreuzerpolitik die Politik der SPD ist und bleiben wird. Aber gleichzeitig erklärt das sächsische Volksblatt, daß es auf die Einberufung eines Parteitag verzichte, „weil meistens die Kräfte nach der verkehrten Richtung ausgeteilt werden“. Sie haben scheinbar von Kiel noch genug. Aber auch hier zeigt sich wieder die Feindschaft der Linken. Erst schreien sie nach einem Parteitag, um die Mitglieder zu beruhigen, dann sagen sie, es hat keinen Zweck, wir bekommen doch nur Kräfte. Damit bestärken sie aber gleichzeitig, daß sie wissen, daß die SPD die Koalitionspolitik und die Panzerkreuzerpolitik weiterführt. Die Angriffe der Gewerkschaftsbürokratie gegen die Opposition bilden ja auch eine tatkräftige Illustration zu diesem Kurs. Um die weitere Beunruhigung der Mitglieder aufzuhalten, erklärt das sächsische Volksblatt, man solle eine Urabstimmung unter den Mitgliedern vornehmen. Nun, das sächsische Volksblatt weiß ganz genau, daß auch eine solche Urabstimmung nicht erfolgen wird.

Am bezeichnendsten bleibt aber immer wieder die Haltung der Dresdner Volkszeitung. Dieses Blatt hat sich, in weiser Voraussicht der Entwicklungswege der SPD, immer mehr und mehr der Politik und Schreibweise des Vorstandes angepaßt. Gemiß finden die Sach- und Genossen ab und zu noch einige radikale Töne. Insbesondere stellen sie ihre Spalten für die verlogenen phrasenhaften Artikel der Reichner, Sender und Edel zur Verfügung, um die Leser zu täuschen. Im Kern ihres Wesens stehen die Sach- und Genossen aber zur Politik des Vorwärts, d. h. sie müchten auch tatsächlich diese Linie betreten. Die sozialdemokratischen Arbeiter brauchen ja nur an die Haltung von Sach- bei der Bildung der KPD erinnert zu werden. Die Dresdner Volkszeitung drückt dann auch gestern den Wortartikel ohne ein Wort des Kommentars ab. Die Redaktion bemerkt zwar, daß es ein Artikel zur Panzerkreuzerdiskussion sei. Ihr sonstiges Schwätzen zu diesem Artikel zeigt aber, daß sie sich ganz einverstanden mit der hier vertretenen Stellungnahme erklärt.

Inzwischen hat der Vorwärts seinen offenen Kampf gegen den Volksentscheid aufgenommen. Schon gestern schrieb er, daß der Antrag ein Agitationsantrag sei. Die Bemerkung war schon sehr unvorsichtig. Erklärte doch der Vorwärts damit, daß die Leipziger Funktionäre und die Mitglieder der SPD, die den Volksentscheid ebenfalls wollten, nur Agitation

US der... In... 46... 25... damit auch... zu nutzen... ann... ht du stets... eshalb bei... ist... ann unter... ste...imme... welcher für... resse hat... chäftel... zimmer... bel und... iller Art... uge... 17... wag... les... E... Str. 27... 39... hawitzer... waren... 17b... g... 33... z 2a... haus... 45... ICH... Schab... & Nr. 1... laup... jr. 12... ittel

betreiben. Gestern aber überschlägt sich der Vorwärts geradezu in seiner Wut gegen die Volksentscheidsbewegung.

Die Kommunisten glauben, mit dem Volksentscheid den richtigen tatsächlichen Dreh gefunden zu haben, um in die Reihen der sozialdemokratischen Parteiorganisation Verwirrung zu tragen. Darum die größte Verteidigungsline, diese pazifistische Panzerwehr.

Natürlich wissen die Kommunisten auch, daß ihr Antrag ein vollständiger Anflug ist. Es ist unverständlich, warum Deutschland nur lauter Kanonenboote, Torpedoboote, Torpedobootzerstörer usw. bauen soll, die zu bauen der kommunistische Antrag gestattet, während er nur Panzerfahrzeuge und Kreuzer verbietet. Es ist ebenso unverständlich, warum erlaubt sein soll, für den Landheer Waffen herzustellen, während die Herstellung von Fahrzeugen bestimmter Art für die Marine verboten werden soll. Nein, so dumm sind die Kommunisten nicht, um nicht zu wissen, daß ihr Antrag einfach der höhere Akt ist. Aber sie hoffen, den pazifistischen Idealismus der Arbeiter für ihre schamlosen Zwecke mißbrauchen zu können. Darum scheuen sie nicht vor einer Rolle zurück, in der sie sich vor den Augen ruhiger Beobachter nur lächerlich machen.

Der Versuch, den ernsthaften Kampf der SPD gegen die imperialistischen Rüstungen lächerlich zu machen, wird den Sozialdemokraten nicht gelingen. Diese Hehe ist so plump und dumm, daß selbst der Volksstaat gestern dem Vorwärts folgendes ins Stammbuch schreibt:

Der Vorwärts läßt sich in seiner Erregtheit das Gerücht entschlüpfen, wie unsinnig eigentlich der Kampf gegen den Panzerkreuzer ist. Natürlich ist es unverständlich, den Panzerkreuzer allein als Angriffsobjekt zu nehmen.

Noch unverständlicher ist aber die Sozialdemokratie, die ihren ganzen Reichstagswahlkampf auf den Panzerkreuzer abgestellt hat und sich nach diesem Schwabenreich darüber wundert.

Das Sächsische Volksblatt nimmt zu obiger Erklärung des Vorwärts ebenfalls Stellung. Es schreibt:

Der Vorwärts behauptet, die Kommunisten machten alles nur aus Agitation für sich und gegen uns und meinten es nicht ernstlich. Neu ist das gerade nicht; es fragt sich nur, ob wir bzw. unsere Minister, die die Agitation nicht die besten Stichworte gegeben haben. Ohne den vom Vorwärts zunächst verteilten Panzerkreuzerbeschluß wäre es zu dieser SPD-Agitation kaum gekommen. Und der Volksentscheid wird in dem Augenblick jeder agitatorischen Tendenz gegen uns entleert, in dem die Partei die Führung in dieser Sache in die Hand nimmt. Wer hat eigentlich den Vorwärts zu der Stellungnahme gegen einen Volksentscheid in der Rüstungsfrage autorisiert? Mit welchem Rechte legt das Zentralorgan die Gesamtpartei hier fest?

Dann versucht das S. Volksbl., selbst nach dieser Stellung des Vorwärts zu retten, was zu retten ist, und versucht weiter den Arbeitern glauben zu machen, Parteivorsitz und Fraktion haben keinen derartigen Beschluß gefaßt, sondern nach ihrer Information seien sie zu einem vernünftigen Volksentscheid bereit gewesen. Und weiter heißt es dann:

Wenn die SPD wie nicht anders zu erwarten, Anfang anrichtet hat, so ist doch nicht einzusehen, warum die SPD noch größeren Aufzug machen und die ganze Sache ablehnen sollte. Unsere Pflicht ist es, besser zu machen, was die SPD verbietet, die Führung im Kampf gegen Panzerkreuzer und andere Rüstungen zu übernehmen, nicht aber über andere zu mähen.

Wenn es ernst gemeint wäre, dann wäre es gut, dann könnten ja die „Linken“ in Sachen von sich aus eine Urabstimmung durchführen. Doch man merkt zu sehr, der Fuchs ist im eigenen Eifen. Er hatte sich informiert, und einer hätte ihm erzählt, man sei nicht abgeneigt, einen „vernünftigen Volksentscheid“ zu machen. Nun hagelt der Vorwärts recht dorthin die Suppe, die Information erwies sich als falsch und Sende- witz jammert.

Wie ernst es die sächsischen sozialdemokratischen Führer meinen, zeigt aber auch, daß gleichzeitig mit dem Obigen eine wüste Hehe gegen die Kommunisten in der gleichen Ausgabe erscheint. Als Leitartikel bringt dieses Blatt aber einen Aufsatz des Kapitän zur See a. D. Perkus: „Sommertrübsand und der Panzerkreuzer A“, in dem nachzuweisen versucht wird, daß der Panzerkreuzer A gegen die russischen U-Boote wertlos sei. Er bestreht nur dann Wert, wenn er von einer Sperre von U-Booten umgeben sei. Der Sinn dieses Artikels ist klar. Die Arbeiter sollen mit dem Hinweis auf die sowjetrussische Flotte abgelenkt werden. Der Vorwärts schreibt zu diesem Zweck gestern einen besonderen Artikel auf den wir morgen zurückkommen werden.

Hier gilt es jetzt noch zu den übrigen sächsischen Bezirken Stellung zu nehmen. Insbesondere in Leipzig haben die Funktionäre der SPD den Volksentscheid selber gefordert. An den Vorstand Groß-Dresdens hatte unser Stadteil I ein Einladungs-schreiben gerichtet. Die SPD antwortete, daß sie sich nicht beteilige. Unsere Chemnitzer Organisation hatte die Chemnitzer SPD zur gemeinsamen Aktion aufgefordert. Die Chemnitzer Volksstimme antwortete gestern mit einer wüsten und verlogenen Hehe gegen die SPD. Ganz in der Heuchlermanier der „Linken“ schreibt Herr Kuhn für den Zentralvorstand des 16. Unterbezirks: „Der Zentralvorstand sei sich wohl bewußt, daß die Flottenpolitik nur befähigt werden könne durch einigegeschlossenes Handeln. Dann bringt er aber, wie der Vorwärts, die alte Erzählung, daß die SPD nur aus egoistischen

Keine Parteiarbeit für die SPD

Unser Zentralorgan ist in der Lage, folgenden Beschluß der Funktionäre der 10. Abteilung der sozialdemokratischen Organisation in Berlin zur Panzerkreuzerfrage zur Veröffentlichung zu bringen:

„Die Funktionäre lehnen jede Tätigkeit zur Werbeweche der Partei im Oktober ab, solange der Bau des Panzerkreuzers nicht Majorität gemacht wird und die an der Zustimmung zum Bau beteiligten Minister aus der Partei entfernt sind.“

Diese Resolution ist mit 8 gegen 5 Stimmen angenommen worden. In einer Reihe anderer Abteilungen wurden, wie die Kote Fahne zu berichten weiß, ähnliche oder die gleiche Resolution angenommen. Auch die gestern erst stattgefundene Bezirksversammlung der SPD in Berlin-Wilmersdorf, über die heute morgen die Kote Fahne bereits ausführlich zu berichten in der Lage ist, stand im Zeichen des schärfsten Protestes gegen den Parteivorstand und die zentralistische Führung der Berliner Organisation. In der von etwa 2000 Mitgliedern besuchten Versammlung wurde von den SPD-Arbeitern an den Wortlaut der früher angenommenen Resolution erinnert, die zunächst die sofortige Einberufung des Reichstages forderte, um eine Entscheidung gegen den Panzerkreuzerbau herbeizuführen. Für den Fall des Nichtzustandekommens des Reichstages war ausdrücklich festgelegt worden, daß die Genossen in der Regierung aufgefordert werden, die Wiederaufhebung des Beschlusses vom 10. August zu verlangen und im Falle der Ablehnung zurückzutreten haben.

Die Empörung der SPD-Mitglieder war besonders nach dem Montagbeschluß des Parteivorstandes, wo der Antrag auf Einberufung des Reichstages von der SPD abgelehnt wurde, gewachsen. Der Beschluß der 10. Abteilung, jede Parteiarbeit einzustellen, fand Nachahmung. Die sozialdemokratischen Arbeiter sind entschlossen, in keinem Falle nachzugeben und ihren Willen durchzusetzen. Die Empörung der sozialdemo-

kratischen Arbeiter wird um so größer, als die Haltung der sozialdemokratischen Führer in der Frage der Einberufung des Reichstages mit größter Deutlichkeit bewiesen hat, daß es sich bei dem Panzerkreuzerstand nicht um einen persönlichen Fehler der vier Minister, sondern um die politische Haltung der Gesamtpartei handelt.

Achtung! Große Metallarbeiterfraktionsvollversammlung

Sonnabend, den 1. September 1928, 19 Uhr, im Kaulbachhof, Dresden-N., Kaulbachstr. 23

Bericht vom MW-Berbandstag

Es referiert ein an der Tagung teilgenommener Kollege. Erscheinen eines jeden kommunistischen Metallarbeiters ist unbedingte Pflicht! Die Teilnehmer haben für das Erscheinen der Genossen die Kontrolle zu führen. Die Genossen der übrigen sächsischen Ortsvereinigungen werden aufgefordert, sich oder zwei Genossen der Fraktionsleitungen zu senden. Wo keine Fraktionsleitung besteht, hat die U.S.-Leitung dafür zu sorgen, daß ein führender Metallarbeiterfunktionär erscheint. Die Versammlung ist außerordentlich wichtig, da die Reformen über das Verhalten unserer Genossen auf dem Verbandstag die unangenehmsten Gerüchte verstreuen, die am besten von einem Teilnehmer der Tagung richtiggestellt werden können. Keiner bleibe fern!

Kommunismus und Pazifismus

Von Gerhart

Dem von der SPD eingeleiteten Volksentscheid haben eine Reihe bekannter Pazifisten und pazifistischer Organisationen, wenn auch mit manchen Bedenken, ihre Zustimmung gegeben. Inwiefern und wie viele Pazifisten alles für den Volksentscheid eintreten werden, läßt sich heute noch nicht sagen. Das werden die nächsten Wochen lehren. Diese Pazifisten werden ihren „Pazifismus“ vor den Massen zu beweisen haben.

Jedenfalls haben die Kommunisten niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß sie keine Pazifisten sind und daß sie im Pazifismus — mag es einzelne mutige und ehrliche Vertreter geben — als Richtung eine bürgerliche und kleinbürgerliche Beeinflussung der Arbeitermassen sehen. Der Pazifismus ist als politische Richtung kein Verbündeter der Arbeiterklasse, sondern ein Gegner.

Was ist der Pazifismus? Die ganze Welt nennt sich heute pazifistisch. Herr Groener, der Initiator der neuen deutschen Flotte, nannte sich bekanntlich einen „vernünftigen Pazifisten“. Die Imperialisten aller Länder mit den mächtigsten Heeren und Flotten kamen eben in Paris zusammen und unterzeichneten zur Freude aller Pazifisten den „Kriegsächtungspakt“. „Triumph der Friedensidee“, nennen die Sozialdemokraten und bürgerlichen Pazifisten diese imperialistische Heuchelei.

Die imperialistischen „Friedensmacher“ spielen den Massen die Komödie der Aechtung des Krieges vor, während sie ihn, teils gegeneinander, teils miteinander gegen Sowjetrußland vorbereiten. Wo bleiben die deutschen Pazifisten, um diese imperialistische Komödie vor den Massen anzuprangern. Sie prangern nicht an, sondern sie bewundern die imperialistischen Kriegsmacher.

Auch die Sozialdemokraten nennen sich Pazifisten. Sie bewilligen zwar ein Militärgesetz, wie Paul Boncour, sie bauen Panzerkreuzer, wie die Hermann Müller; aber wenn es nicht gerade Rüstungen für die herrschende Klasse zu bewilligen, Interventionen in Kolonien zu unterstützen, und im Kriegsfall das „Vaterland zu verteidigen“ gilt, mit Ausnahme dieser Fälle, sind sie natürlich ebenfalls — Pazifisten.

Unter den deutschen Pazifisten gibt es zweierlei Arten. Die einen reden den Herrschenden gut zu, sie sollen alle Streitfälle vor Schiedsgerichten friedlich regeln, an die Stelle des Kampfes die Verständigung setzen. Mit welchem Erfolg, das haben wir während der Kriegs- und Nachkriegszeit gesehen. Wo die Imperialisten sich verständigen können und verständigen wollen, da tun sie es ohne Pazifismus; wo eine Verständigung nicht möglich ist, da die imperialistischen Gegensätze zu groß sind, da führen sie ihre Kriege, trotz und mit dem Pazifismus. Aber diese bürgerlichen Pazifisten sind gern von imperialistischen Regierungen gesehen. Warum sollen die kapitalistischen Regierungen nicht ein gewisses Wohlwollen den bürgerlichen Pazifisten entgegenbringen, und sich als Freunde des Friedens vor den Massen darstellen? Die kapitalistischen Regierungen schämen sich sehr gern ihre Vertreter zu den Kongressen dieser Pazifisten,

wie es unlängst erst in Wuppertal geschah, wo der Vertreter des polnischen Imperialismus, der Helfer seiner Arbeiter und Bauern, der Unterzeichner seiner Nation, auf einem solchen Kongress eine begeisterte Rede für den „Frieden“ hielt.

Die andere Sorte von Pazifisten, teils als eigene Organisationen, teils als die offizielle Meinung der sozialdemokratischen Parteien, besteht darin, die Arbeiter überreden zu wollen, daß sie die pazifistischen Bestrebungen nach Schiedsgerichten und Verständigung, nach Abrüstung mit allen Kräften unterstützen müßten. Auch diese Sorte von Pazifismus ist ein Betrug, mag es auch mancher Pazifist, mancher „Kriegsdienstverweigerer“ ehrlich meinen, persönlich ein mutiger Mensch sein.

Den Kapitalismus zwingen, keinen Krieg zu führen, läuft auf dasselbe hinaus, wie den Unternehmer zwingen zu wollen, seine Profite zu machen. Beides ist Unfuss. Das Proletariat, das die Kraft hätte, den Kapitalismus zu zwingen, keinen Krieg zu führen, hat die Kraft, die Ursache der kapitalistischen Kriege, den Kapitalismus selbst, zu beseitigen. Denn um den Krieg zu verhindern, muß das Proletariat der Bourgeoisie die Macht aus den Händen reißen.

Es handelt sich also bei der Frage des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg darum, der Bourgeoisie die Macht zu entreißen, den unversöhnlichen Klassenkampf auf allen Gebieten gegen die Bourgeoisie zu führen und dem Proletariat klarzumachen, daß Kampf gegen den imperialistischen Krieg Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft bis zur Vernichtung ist.

Davor scheuen aber die bürgerlichen und sozialdemokratischen Pazifisten zurück. Diese Konsequenz können und wollen sie von ihrem Standpunkt aus nicht ziehen. Und daher ist der Pazifismus aller möglichen Spielarten keine Waffe des Proletariats im Kampfe gegen die Bourgeoisie, der Imperialisten gegen das Proletariat. Denn der Pazifismus aller Art verdeckt vor den Massen den Grundcharakter des imperialistischen Krieges, bekämpft die revolutionären Methoden des Klassenkampfes gegen den imperialistischen Krieg, führt und führt nicht das proletarische Klassenbewußtsein, sondern vertritt die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Interessen innerhalb der Arbeiterklasse. Der Pazifismus steht eben mit beiden Füßen auf dem Boden der bürgerlichen Gesellschaft, und indem er diese bejaht, bejaht er zugleich die mit der bürgerlichen Gesellschaft untrennbar verknüpften imperialistischen Kriege.

Der Volksentscheid gegen den Panzerkreuzerbau ist vom Standpunkt der SPD eine Mobilisierung der breiten Massen gegen die imperialistische Kriegsgefahr. Er ist daher eine Mobilisierung gegen alle bürgerlichen Einflüsse auf das Proletariat und ist daher auch eine Auseinandersetzung mit dem Pazifismus aller möglichen Spielarten, mit dem Pazifismus der Groener, der imperialistischen „Kriegsächter“, der Sozialdemokraten rechter und linker Spielart, und mit dem bürgerlichen und kleinbürgerlichen Pazifismus.

Gründen den Volksentscheid führe. Und dann antwortet er weiter:

„Eine Partei, die in einer solch struppelosen Art heute schimpft und morgen sich anbietet, beweist, daß ihr jedes Klassengefühl und jeder politische Ernst fehlt.“

Was hat die Partei festgesetzt? Dasselbe, was die SPD-Arbeiter festgesetzt haben, was die Funktionäre in Dresden, Chemnitz, Zwickau und Leipzig feststellten, daß die SPD die Wahlversprechungen verraten habe. Diese unsere Feststellungen nehmen die sächsischen Führer zur Grundlage, um auf Befehl der Parteivorstände den Volksentscheid zu bekämpfen. Die „Linken“ zeigen damit immer mehr ihre tatsächliche Gesinnung.

Am meisten im Druck sind sicherlich die Leipziger „Linken“, der Wortgewaltige Hermann Liebmann, der vorungläubige Austromarxist Soupe. In einem zwei Spalten langen Artikel palawert man in der Leipziger Volkszeitung über Differenzen in der SPD. Aus Ausführungen von einigen Parteigenossen konstruiert man, daß diese behauptet, die SPD in Sachen betreibe die richtige Politik. Und zum Schluß — da fordert die Leipziger Volkszeitung auf, den Volksentscheid der SPD nicht mitzumachen man wolle damit nur die SPD vernichten.

Für jeden Arbeiter werden die Dinge von Tag zu Tag klarer. Offen und rückloslos fesselt der SPD-Vorstand und sein Zentralorgan den Weg der Panzerkreuzerpolitik. Die SPD kämpft gegen den Volksentscheid, und die „Linken“ rüden Stück um Stück mit im Kielwasser der Kriegshilfe gegen die Arbeitermassen.

Schnell, sehr schnell enthüllt sich die schamlose Rolle der „Linken“. Für ehrliche Arbeiter darf und kann es keine Gemeinschaft mit der sozialdemokratischen Partei geben. Weder den Rechten, noch mit den „Linken“.

Der Antrag auf Volksentscheid ist eingereicht. Jetzt steht alle Kräfte ein, ihn durchzuführen. Nehmt Stellung in den Bezirken, erklärt euch in Resolutionen und Entschuldigungen gegen die Politik des Imperialismus, für den Volksentscheid der SPD.

Wieder ein SPD-Schwindel über Max Hoels

Berlin, 30. August. (Eigene Drahtmeldung.)

Im Vorwärts bringt Künstler folgenden gemeinen Schwindel:

„Max Hoels muß festhalten gehen. Nach dem Theater, das die kommunistische Zentralleitung mit dem entlassenen Max Hoels inszenierte hatte und der Rohr seine Schuldigkeit getan hat, wird er, ebenso wie vor ihm alle einfachen Arbeiter (1), seinem Schicksal preisgegeben. Der von den Kommunisten so gefeierte mußte von dem Wohlfahrtsamt eine Unterstützung erbitten, die ihm zunächst in Höhe von 100 Mark ohne weiteres gegeben wurde.“

Wie stets, so lügt Künstler bewußt auch diesmal. Seit Jahren ist es im 4. Verwaltungsbezirk üblich, daß für entlassene politische Gefangene eine einmalige Unterstützung vom Wohlfahrtsamt durch die Kote Hilfe angefordert wird. Seit Jahren ist es üblich, daß der proletarische Einfluss in den Gemeinde- und Bezirksparlamenten im Interesse der politischen proletarischen Gefangenen auch finanziell ausgenutzt wird. Die Vertreterin der Kote Hilfe des 4. Bezirkes hat auch bei der letzten Teilnahme für alle entlassenen proletarisch-politischen Gefangenen eine Unterstützung erwirkt. Da die Genossin Hoels im 4. Bezirk wohnt, und der Genosse Max Hoels wie jeder andere proletarische politische Gefangene behandelt wird, wurde eine einmalige Unterstützung auch für Genosse Max Hoels gefordert, gleichviel, ob es eine persönliche Lage erfordert, oder ob er damit anderen politischen Gefangenen eine Hilfe leistete.

„Hurra, der Panzerkreuzer ist da!“

Eine Extramura ist erschienen, als Schlag ins Kontor, eine Zeitung: „Hurra, der Panzerkreuzer A ist da!“ Reichsfotograf Hermann Müller in herotragerender Photographie auf dem Titelblatt, in der rechten Hand das Panzerfahrzeug; na ja, kost ja nur 60 Milliarden. Und — vor allem und selbstverständlich, wiegt schwerer als 9 Millionen Stimmzettel!

Jedoch das Herrlichste der ganzen illustrierten Zeitung sind „Unsere blauen Jungen“. Müller in großer Admiralsuniform, Severing, Hilferding, Bissell, Koch als Vizeadmirale, fabelhafter Eindruck. Schamste, schneidig, schneidig. Eine Luft, diese Führer des ganzen illustrierten Zeitung sind Gruppenaufnahme der sozialdemokratischen Reichsminister auf der Parteikonferenz der SPD. Auch das Problem der Kinderpeinigung wird allgütlich spielend leicht und lustig gelöst.

Einen ganzseitigen Reichsmann der großen „Kinder“ nach der Bewilligung des Panzerkreuzers gibt es. Und dann wundert sich sogar die Wandern über den mächtigen Schaum, den der fertige „A“ auf hoher See schlägt. Ein raffiniertes Regierungsspiel als Panzerkreuzer, von gedruckten Wahlparolen der SPD zusammengestellt, vernunftgemäß den Eindruck, Crispian steht da, wie württembergisch, treudeutsch allewege. Er wird den Russen das ABC und D schon betreiben!

Nur diese Andeutungen über die soeben erschienene illustrierte Panzerkreuzer-Zeitung mögen für heute genügen. John Heartfield (auch als Dichter) hat mit der Zusammenstellung der Nummer wieder einmal gezeigt, was für ein großartiger Kerl er ist. Mit ihm haben zur Ausstattung mit beigetragen die Zeichner Otto Schmalhausen, Käthe Kollwitz, Beier, George Grosz usw. In Dresden ist ein Genosse auf die ausgezeichnete Idee gekommen, in Matrosenluft diese Zeitschrift öffentlich anzubieten. Resultat: 310 Exemplare an einem Nachmittage verkauft! Genossen, hinein mit der Extramura in Hunderttausenden von Exemplaren in die Betriebe! Diese Zeitung kann sofort in der Buchhandlung Viktori-straße 21 abgeholt werden.

Achtung! Jugend!

Alle Ortsgruppen des KJSD Dresden holen am Freitag von 13 bis 17 Uhr in der Expedition der Arbeiterstimme die Programmhefte ab zum Zeitungswerbetag.

Voranschlägliche Wetter am 30. und 31. August: Nachlassen der Niederschläge, dann Besserung durch bewölkungs-abnahme; Freitag bereits wieder wolfig, zeitweise heiter, Temperaturabnahme, westliche Winde.

Heraus mit den proletarischen Gefangenen!

Klassengenossen versuchen die Befreiung des Genossen Margies
Effen, 29. August. (Eig. Drahtmeldung.)
Die bürgerliche Presse meldet beifriedigend, daß der Versuch der Befreiung des Genossen Rudolf Margies aus dem Bochumer Zentralgefängnis mißlungen. Einem Gefangenenwächter sollen 2000 RM angeboten worden sein, ein zweiter wurde verhaftet, er soll angeblich an dem Bestechungsversuch beteiligt gewesen sein und sich als Sekretär eines Berliner kommunistischen Reichstagsabgeordneten zu erkennen gegeben haben. Ueber Einzelheiten des Versuchs der Gefangenenerkennung verweigerte der Verhaftete jede Aussage. Der Volkszeitung ist bekannt, daß der Versuch der Befreiung des Genossen Margies in letzter Zeit schon zur Vorbereitung des Bestechungsversuchs einige Führer der kommunistischen Zentrale aus Berlin in Bochum anwesend gewesen. Nach den von uns eingezogenen Erkundigungen widerspricht der Volkszeitung weitgehend dem Tatbestand. Nach der von den SPD-Führern verteilten Vollamneisie müssen Margies und zahlreiche andere proletarische politische Gefangene weiter hinter Kerkermauern die Tortur des kapitalistischen Strafvollzuges ertragen. Es ist klar, daß sich bei entschlossener revolutionärer Proletarier der Wille entwickelt, die Amneisie des Genossen Margies auf dem Wege der gewalttätigen Befreiung zu erzwingen. Jeder ehrliche Arbeiter bedauert, daß der Bestechungsversuch mißlungen ist. Brutal lacht die bürgerliche Presse die Aufgabe vor der gesamten Klassenbewussten Arbeiterschaft, alles einzusetzen, um durch gemeinsame Kraft des Proletariats endlich die Kerkermauern der Panzerkreuzer-Republik aufzustößen.

Vor der Großen Koalition auch in Thüringen

Die Vorverhandlungen zur Bildung einer Regierung der Großen Koalition in Thüringen entwickeln sich reibungslos. Die Sozialdemokraten haben sich bisher gegen eine Große Koalition nicht abweisend verhalten. Der demokratische Professor Krüger teilte dem Verhandlungsleiter der SPD, Fröhlich, mit, daß die bisherigen Koalitionsparteien grundsätzlich zu einer Koalition mit der SPD bereit seien. Von der sozialdemokratischen Fraktion wird Mäßigkeit und Besonnenheit ersehnt. Auch der Land-Bund hat sich zur Großen Koalition bereit erklärt.

Ausdehnung der Aussperrungen in der Bekleidungsindustrie

In Hamburg sind bis jetzt von sechs Firmen der Bekleidungsindustrie etwa 250 Arbeiter ausgesperrt worden. Die Zahl der Aussperrten wird sich im Laufe der nächsten Tage wahrscheinlich noch vergrößern. Auch in Württemberg ist der Aussperrungsbeschluss fast vollständig durchgeführt. Von 17 in Württemberg ansässigen Firmen haben zwei dem Verband angekündigt, den Aussperrungsbeschluss nicht entgegenzunehmen. Insgesamt wurden von 800 in der Herrenbekleidungsindustrie Württembergs beschäftigten Arbeitern 350 ausgesperrt, nachdem 800 in der vergangenen Woche in den Streik getreten waren.

Kampf der Freidenker

Die Diktaturmaßnahmen der sozialdemokratischen Zusammengehörigen Mehrheit der Frankfurter Generalversammlung, die Ausschüsse, die Parteiverordnungen um 50 Prozent, die Satzungsänderungen, die Ablehnung aller kulturpolitischen Anträge der Opposition haben in der Mitgliedschaft des Verbandes eine ungeheure Erregung hervorgerufen.
Über 80 Prozent aller bisher stattgefundenen Mitgliederversammlungen haben sich gegen die Beschlüsse der Generalversammlung und gegen den rückwärtslosen Witzwahn des Verbandes zur Unterstützung der sozialdemokratischen Koalitionspolitik (Panzerkreuzerpolitik) gewendet.
Die Mitglieder werden sich immer mehr klar, daß der Freidenkerverband ebenso wie die übrigen Massenorganisationen der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, die Sportorganisationen, der Arbeiterkameradenbund, als Gegengewicht gegen die immer härter eskalierende Linksbewegung in der deutschen Arbeiterschaft zu Standpunkten der verrotteten sozialdemokratischen Führerschaft ausgebaut werden sollen.
In einem Artikel des sozialdemokratischen Presseblattes hieß es vor Frankfurt:
„Wir wünschen, daß das Unkraut eben so gelingen möge, wie es bei den Arbeiterportieren in Leipzig endlich gelungen ist.“

Deshalb die Einführung der Hauszisterung in Berlin. Deshalb die Sprengung aller Bezirkskonferenzen, in denen der oppositionelle Wille der Mitgliedschaft und der Protest gegen die Spaltungspolitik durch oppositionelle Mehrheit zum Ausdruck gekommen war (Köln, Berlin, Leipzig)! Deshalb die Urwahlen in Berlin und die Redaktionsänderung der Mehrheit der Berliner Mitgliedschaft dadurch, daß man trotz Mehrheit bei den Urwahlen 42 sozialdemokratische Delegierte nach Frankfurt entsandte! Deshalb die Niedertrüppelung der Opposition in Frankfurt! Deshalb der Beschluss in Frankfurt gegen Status und ähnlichen Brauch, daß Entwürfe 25 Unterschriften tragen müssen; deshalb kein kulturpolitisches Referat und statt dessen unter allem Anschein lebende Bestreden von Sievers und Konsorten; deshalb die Ausschüsse; und absondern mit Dreiviertelmehrheit die Vorstandsatuten und Beitragsverordnungen durchdrücken zu können; deshalb die Ablehnung des Oppositionsentschlusses, daß der Zweck des Verbandes die Verbreitung der marxistischen Weltanschauung sein müsse; deshalb die Aufgabe der alten Forderung der Einheitslichkeit und Weltlichkeit des gesamten Schulwesens zugunsten der sozialdemokratischen Forderung der Gründung einzelner weltlicher Schulen (Weimarer Schulkompromiß); deshalb die Ablehnung der Verpflichtung für die Mitgliedschaft, ihre Kinder vom Religionsunterricht abzumelden (ein für eine freireligiöse Organisation unerhörter Beschluß!).
Alle diese Maßnahmen verstehen zu 100 Prozent gegen die Interessen einer freireligiösen Organisation. Sie mühten, wenn der geknechtete Wille der Mitgliedschaft, wenn Demokratie halt Diktatur und sozialdemokratischer Parteivorstandsbefehl herrschte, einen hundertprozentigen Ausschlußgrund gegen die Vertreter dieser Maßnahmen, angefangen von Sievers, Rüdert, bis zu den kleineren Sozial- und Grundmännern bilden.

Aber täuschen wir uns nicht! Hier geht es nicht mehr um Demokratie, hier geht es nicht mehr um Recht! Hier haben die Sieversleute um ihrer Eitelkeiten willen versucht, wie Peter, der Vorsteher der Reichsarbeitsgemeinschaft freireligiöser Verbände in der Augustnummer seiner Verbandszeitschrift „Die Welt freiheit“ ausführte, die Machtfrage zu lösen, indem man eine Reihe der Führer der Opposition ausschloß und die Satzungen so gestaltete, daß man hofft, mit ihnen den Willen der — parteipolitischen, zusammengehörigen — Mehrheit durchzusetzen. Hier wurde das Interesse der gesamten freireligiösen Bewegung verletzt. Die KAG hätte deshalb alle Ursache, einzugreifen. Die KAG (Internationale prof. Freidenker) hätte die Pflicht, einzugreifen.

Die KAG wird es nicht tun. Hier herrscht Sievers. Hier vermag nur eines. Hier handelt es sich darum, ob die Mitgliedschaft es sich gefallen lassen will, daß ein Verband

Empörung der SPD-Arbeiter

Eine SPD-Versammlung gegen Partei- und Presseverbot — „Sperrung der Beiträge“ — „Ich ziehe die Konsequenzen!“ — Gegen die Kommunistenhab der Volksstimme — Für den Volksentscheid

Nachstehender Bericht einer Mitgliederversammlung der SPD-Ortsgruppe Oberwärschlich gibt ein Bild über die Empörung in den Reihen der SPD-Arbeiter und -Funktionäre und die Verhängungsverluste der „Linken“.
Als Referent sprach Richter, Gelsenau, über das Thema: Panzerkreuzer. Seine Hauptfrage war: Fehler oder Verrot. Er entschied sich dafür, daß der Ministerbeschluss nur ein Fehler war. Er führte u. a. aus: Alle Funktionäre oder Mitglieder von unten bis oben begehen Fehler über Fehler. Die Schuld an den Fehlern trägt die Arbeiter- bzw. die Mitgliedschaft der SPD, die alles kritiklos hinnimmt, was von oben kommt. Er selber war bisher Anhänger der Koalitionspolitik, will aber durch die Panzerkreuzerfrage geholt sein. Er verlange, jeder solle versuchen, die Fehler des anderen zu verstehen. Er forderte auf, Disziplin zu halten und wenn nach 100 solche Fehler vorkommen, „Disziplin bis zum Verrecken.“ Er berichtet, daß fünf Referenten sich geweigert hätten, in die Versammlung zu gehen. Er räumte sich, in jeder Verlesung seinen Zweck erreicht zu haben, den Mitgliedern neuen Mut zum Ausschalten gegeben zu haben. Am Schluss: Ruhsandhebe, die Russen sind Heuchler, wenn sie den Koalitionspakt unterzeichnen.

In der Diskussion sprach zunächst Vorkühender Gütther: Die Flugblätter über die guten Taten der SPD in der Regierung sollten nur die nachfolgenden Schwelmerellen mit dem Panzerkreuzer verdecken. Wir verteilten sie nicht. Wir müssen eine lässliche SPD gründen. Los von Berlin! Leuschner, Lehrer und Gemeindevorordneter: Die Volksstimme bringt einen Artikel „Auch gegen die Kommunisten“. Wenn die KPD einen Antrag gegen den Panzerkreuzer bringt, müssen wir dafür stimmen. Der Artikel liegt den Kampf gegen den Panzerkreuzer um. Ich werde Sperrung der Beiträge beantragen. Ich kann zu keinem anderen Ergebnis kommen, als daß man die Volksstimme abbestellen muß wenn man konsequent sein will. Sohn, Gemeindevorordneter: Der Referent hat die Schwelmerellen der Führer in Schuh genommen. Die vier Minister mühten aufgehängt werden. Die Minister und Abgeordneten haben zu hohe Dienen. Sie wissen nicht mehr, wie es einem Arbeiter zuzumute ist. Dem kommunistischen Antrag gegen den Panzerkreuzerbau müssen wir zustimmen.

Mödel, Bürgermeister: Es handelt sich nicht um die Frage, Fehler oder Verrot, sondern um die Frage Koalition. Es ist ein Unterschied, wenn Ruhsand oder Deutschland den Koalitionspakt unterzeichnen. Wir werden jeden Versuch der KPD, Einheitskomitees für den Volksentscheid zu bilden, ablehnen (!). Wir werden den Volksentscheid selbständig (?) durchführen. Ich bin Gegner der Beitragsperre, fordere einen Parteitag, obwohl ich nicht glaube, daß derselbe eine andere Politik beschließt (!).

Günther, Wistin: Mit den Täuschungsmanövern kann uns der Referent nicht veralbern.
Boigt, Lehrer: Es muß nichts, diese Fehler zu bedenken (Ermächtigungsgesetz, Hindenburg-Reichspräsidentenwahl, wo wir einen Pfaffen wählen mußten, 1923 in Sachsen, jetzt Panzerkreuzer) es werden noch viele folgen. Ich ziehe die Konsequenzen.
Leuschner: Ich verstehe es jetzt, wenn der Kämpfer schreibt, daß die „Linken“ gefährlicher sind als die vier Minister. Der Referent hat es bewiesen.
Schulz, Richter: Es ist mir nicht gelungen, euch zu überzeugen. In der Partei muß Demokratie herrschen. Wenn Fehler gemacht werden, schmeißen wir keinen Genossen heraus, wie die Kommunisten. Rodolfo: Faltet Disziplin um des Sozialismus willen. An der Geschichte sind nur die laubdummen Arbeiter schuld. Die Hornochsen im hiesigen Bergrevier, die nicht zur SPD kommen, beweißen es am besten. Die Führer müssen sich nach der Dummheit der Arbeiter richten und können gar nicht anders handeln, und wenn ihr dran seid.

Entscheidung
Die Versammlung stellt sich auf den Boden des Beschlusses der Leipziger Parteigenossenschaft und fordert vom Bezirk Chemnitz, daß derselbe sich mit 14 weiteren Bezirken in Verbindung setzt, um die Einberufung eines außerordentlichen Parteitages. Von der Durchführung einer Werbemaße für Partei und Presse wird Abstand genommen (!).

Der 1. Absatz wird gegen die zwei Referenten angenommen. (Der eine verlangt Sperrung der Beiträge, der andere will die Konsequenzen ziehen) Der 2. Absatz wird einstimmig angenommen.

Während der Versammlung erklärte im persönlichen Gespräch mit uns ein Mitglied: „Na, wir werden nun bald bei euch sein.“ Ein anderes Mitglied hat sich sofort abgemeldet (Guthe Junghans).

Der Gesamteindruck von der Versammlung war der, daß eine tiefe Empörung vorhanden ist. „Die Partei ist aktionsunfähig.“ „Wir haben ein Bein verloren und werden dauernd hinken.“ „Das ist unser Genickbruch!“ — Das sind einige der gefälligen Äußerungen. Mit umso brutalerer Frechheit trat der Referent auf: „Du hast nichts mehr in der SPD verloren.“ „Es gibt auch Disziplinmittel!“ „Wenn du nicht für die Koalition stimmst, stimmst du also für die Minister!“ Mit solchen Wänschen verlor er abzusinken. „So klingt wie ein Hohn, wenn wir jetzt eine Werbemaße machen lassen!“ — lautete die Antwort auf eine entsprechende Aufforderung der Bezirksleitung.

Der Fall Lambach

Der Ausschluß zurückgenommen
Berlin, 30. August. (Eigene Drahtmeldung.)
Das Oberste deutschnationale Parteigericht hat Mittwochs unter Aufhebung des Urteils des Landesverbandes Potsdam II gegen den Reichstagsabgeordneten Lambach auf einen Verweis erkannt.
Der „Jungdeutsche“ teilt dazu mit, daß bereits vor der Sitzung dieses Parteigerichts Verhandlungen hin und her gingen, um die Entscheidung des Parteigerichts „in vorläufigem Sinne“ ausfallen zu lassen. Lambach soll den Parteivorstand zu verstehen gegeben haben, daß er in keinem Falle bereit sei, sein Landtagsmandat niederzulegen.
Durch die Entscheidung des Obersten Parteigerichts ist die Krise in der deutschnationalen Volkspartei nicht beendet, die Differenzen zwischen dem Hugenbergs-Flügel und den Gewinnungsgenossen des Abgeordneten Lambach werden auf der Anfang September stattfindenden Parteivertreterversammlung der deutschnationalen Volkspartei gewiß eine große Rolle spielen.

Die Stinnes-Korruption

Hamburg, 30. August. (Eigener Drahtbericht.)
Auf Grund der Ermittlungen des Sonderdezernats der Berliner Staatsanwaltschaft wurde in der Betriebsanleihebetriebsangelegenheit mit Unterstützung der Hamburger Behörden eine Durchsuhung der Wohnung und Privaträume von Hugo Stinnes jun. vorgenommen. Zahlreiche Briefe und Aktenmaterial wurde beschlagnahmt. Hugo Stinnes befindet sich zur Zeit in England.

Vom Tage

Tote und Verwundete
II. Mailand. In den späten Abendstunden traf hier die Meldung ein, daß Monza — eine der bedeutendsten Industriestädte — von einem furchtbaren Unwetter heimgesucht wurde. Es begann mit einem schweren Gewitterregen und Hagel, der auf den Feldern großen Schaden anrichtete. Dann folgte ein furchtbarer Sturm ein, der vier Fabrikschiffe zum Einsturz brachte. Die Trümmer durchschlugen die Dächer der Fabrikgebäude, wobei zahlreiche Arbeiter getötet und verwundet wurden. Die Zahl der Toten ist noch nicht festgestellt, dagegen beträgt die Zahl der Verletzten weit über 100.
47 Todesopfer der kürzlichen Sturmkatastrophe in Haiti
II. London. Nach bei der diplomatischen Vertretung Haitis in Washington eingegangenen Nachrichten sind bei der kürzlichen Sturmkatastrophe 47 Personen ums Leben gekommen. Man befürchtet jedoch, daß die Zahl der Toten noch beträchtlich größer ist. An den Kaffee- und Bananenplantagen ist ein Schaden angerichtet worden, wie er in diesem Umfange bisher nicht zu vergleichen war.

Ein amerikanisches Flugzeug vermisst

II. London. Wie aus New York berichtet wird, beteiligen sich 48 Flugzeuge in der Gegend an der Küste von New York, Pennsylvania und New Jersey an dem Versuch, eine Spur vom vermissten Flugzeug zu finden, in dem sich der Leiter des Curtiss-Flugdienstes und der Leiter des Flughafens von Buffalo befinden. Das Flugzeug, das am Montag um vier Uhr nachmittags Buffalo verließ, wird seitdem vermisst.

Hausdurchsuchungen bei chinesischen Kommunisten in Shanghai

II. Peking. In Shanghai nahm die chinesische Polizei Hausdurchsuchungen bei etwa 240 Personen unter persönlicher Leitung des Polizeikommissars vor. Es wurden 80 Prozent verhaftet, bei denen kommunistische Literatur vorgefunden wurde. In 18 Häusern fand die Polizei Waffen vor, die beschlagnahmt wurden.

mit 600 000 Mitgliedern in seinem eigenen Gebiet sozialdemokratischer Koalitionspolitik — Panzerkreuzerpolitik untergeordnet werden soll, und die bisherige Kulturreaktion des Bürgerblocks unter sozialdemokratischem Schutz fortgeführt werden soll, und deshalb der Verband für Freidenkertum zu einem SPD-Parteiverband Sievers und seinen Sekretären neugestifteten Verbrennungsofen werden soll.
Es handelt sich darum, ob die Mitglieder massen zugeben wollen, daß die heutige sozialdemokratische Politik, die grundsätzlich mit proletarischem Freidenkertum in Widerspruch steht (siehe Bund religiöser Sozialisten), einen Schutzschirm im Verband erhält.
Es handelt sich darum, ob die Mitglieder entscheiden oder Sievers.
Die Mitgliedschaft fordert deshalb:
Durchführung eines entschiedenen Freidenkeraktionsprogramms auf marxistischer, alle Koalition mit Kirchenparteien ablehnender Grundlage.
Kampf für die Trennung zwischen Kirche und Staat, Ab-

Volksentscheid gegen Panzerkreuzer

Oeffentliche Versammlungen
am Freitag, dem 31. August 1928, in
Seiffenackerstr. 1; Gaißhof zur Krone. Referent Rudolf Kenner, M. d. L.
Freiberg: Union. Referent Siegfried Hädel, M. d. R.
Pirna: Volkshaus. Referent Martin Hoop, Dresden.
Ramenz: Goldener Löwe. Referent Otto Schön, Berlin.
Neugersdorf: Alfred Werner, Dresden.
Sonabend den 1. September:
Radeberg: Kaiserhof. Siegfried Hädel, M. d. R.

Volksentscheid gegen Panzerkreuzer

Kampf für die Einheitlichkeit und Weltlichkeit des gesamten Schulwesens, gegen die Zerstückelung der Volksschule durch Gründung konfessioneller und weltlicher Schulen.
Ablehnung des Gotteslästerungsparagrafen, Kampf gegen die Abtreibungsgesetze, Verweltlichung des Patriergemeins.
Kampf gegen alle religiös-sozialistischen und sonstigen religiös-philosophischen Strömungen, wie sie als ideologische Ergänzung in der Sozialdemokratie sich breit machen.
Weitreichende antireligiöse Aufklärung und Erziehung der Massen nach den Gesichtspunkten der Internationale prof. Freidenker und marxistischen Methoden.
Vorbereitung des Widerstandes gegen das neue Schulgesetz. Verbindung der Freidenkerarbeit mit dem Tageskampf des Proletariats.
Kartellbildung mit allen proletarischen Parteien und Organisationen, die bereit sind, den Kampf in dieser Richtung mit allen Kräften zu führen.
Anschluß an die Volksentscheidsbewegung gegen den Panzerkreuzer.
Unabhängigkeitserklärung der Frankfurter Generalversammlung und ihrer Beschlüsse, Zurücknahme der Ausschüsse, Herstellung proletarischer Demokratie im Verband, Einberufung einer neuen Generalversammlung nach genügender Diskussion unter Beachtung der allgigen, vor Frankfurt vorhandenen Statuten.

In Leipziger Bezirk und in Leipzig: Sofortige Einberufung einer Bezirkskonferenz, Rücktritt des unrechtmäßigen Bezirksvorstandes, Wiedereröffnung der rechtmäßig gewählten Ortsleitung, Unabhängigkeitserklärung aller Maßnahmen der unrechtmäßigen Bezirks- und Ortsleitung.
Rudolf Haritz.

ertriet des
eiter und
em solchen
elt.
ne Organi-
okratischen
wollen, daß
n und Ber-
unterstützen
Betrag, mog
erweiterer
hren, läuft
zu wollen,
Proletariat,
einen Krieg
hen Krieg
n Krieg zu
Macht aus
gegen den
Macht zu
en Gebieten
ariat Karja-
rieg Kampf
lung ist.
omokratischen
ollen sie von
der Pazifis-
stariats im
n gegen das
bedt vor den
Krieges, be-
mpfen gegen
das profre-
bürgerlichen
arbeiterklasse.
dem Boden
ejahrt, beahnt
rennbar ver-
au ist nom
elten Massen
daher eine
f das Prole-
g mit dem
nismus der
Sozialdemo-
gerischen und
inbel
htmeldung.)
en gemeinen
Theater, das
lassen Max
idigkeit getan
Arbeiter (!),
ommunisten so
Unterstützung
ohne weiteres
iesmal. Seit
für entlassene
a vom Wohl-
eit Jahren
en Gemein-
den proletari-
Die Ver-
bei der letzten
politischen
Genossen Soelz
e jeder andere
b, wurde eine
eels gefordert,
e, oder ob er
leifete.
ger-
g ins Kontor,
er A ist da!
Photographie
nserstift; na
dem und selbst-
amittel!
n Zeitung sind
her Admira-
II, Koch als
mide, schneidig-
niger bekannte
hominister auf
en der Kinder-
riert geist.
„Kinder“ nach
nd dann wun-
n Scham, den
interiessex
ahlparolen der
eud. Crispian
ege. Er wird
erzählene
g mögen für
is Dichter) hat
einmal gezeigt,
haben zur
Aushalten. Räte
ist ein Genosse
profentwurf diese
Exemplare an
mit der Exträ-
die Betriebe!
dung Wittori:
n holen am
der Arbeiter-
ungwerbetag.
August: Nach-
ch demütigungs-
se heiter, Tem-

Nachtberufe

Ein Avc der schlafberaubten Arbeit

Unfallwachen

Die Maschinenzeit fordert keine Opfer. Die Ausbeuter töten... Fleisch. Blut triefst aus dem gierigen Maul... dieser „kriegsähnlichen“ Epoche des „Wirtschaftsfriedens“. Die Unfallwachen wissen davon zu erzählen. Die schaurigen Ereignisse der Zeit bezeugen es in grauenvoller Weise. Die blutige Spur, die das Dorpmüllerfestmahl bezeichnet, die Neugorler Untergrundbahnkatastrophe, die in diesen Tagen geschah, sind ein Beweis dafür, daß die steigende Unfallziffer Hand in Hand schreitet mit der kapitalistischen Ausbeutung, die einzig auf den Profit bedacht, das Menschenleben zum Nullwert degradiert. Im Jahre 1927 fanden allein in Dresden 3370 Zusammenstöße auf öffentlichem Verkehrsraum statt. Hierbei wurden 34 Menschen getötet und 1862 Menschen verletzt. Weitere 4 Menschen bühten ihr Leben ein und weitere 165 Menschen trugen Verletzungen davon durch andere Unfälle: Auf- und Abpringen von Straßenbahn oder Kraftomnibus, Anhängen an Wagen, Sturz bei Glätte, Sturz über Obstschalen usw., Rodeln auf Straßen, herabfallende Gegenstände von Häusern. Dies alles trotz, manchmal vielleicht sogar wegen der Finissen eines ausgeklügelten Verkehrs, „Schuhes“, einer an ihrer eigenen Kompliziertheit frandelnden Verkehrsregelung. Nur in 13 Fällen war Trunkenheit die Ursache. Den Großteil der übrigen Unfälle schreibt man aufs Kerbholz der kapitalistischen Ausbeutung, die die Menschen „zu Raub und Trommen“ einer zahlenmäßig schwachen herrschenden Schicht in die zermalmenden Gefänge der Maschinen, unter die stählernen Räder der Bahnen, in die Gefahren der Straße treibt. Denn „Time is money“ Zeit ist Geld! Die Unfallwachen und ihre Beamten können es bezeugen. Küher 3 städtischen Unfallwachen sind in Dresden jederzeit eine freiwillige Sanitätswache im Schloß und die Unfallwachen der städtischen Krankenhäuser in Bereitschaft. Die städtischen Unfallwachen sind mit je einem (e l n e m !) Gehilfen besetzt, der ohne Ablösung die ganze Nacht Dienst tun muß. In Anbetracht der hohen Unfallziffer kann man das keineswegs als genügend betrachten. Sowohl im Interesse der Bevölkerung, als auch im Interesse der Helfer selbst. Zwar sind alle Angehörigen der städtischen Feuerwehr im Sanitätsdienst ausgebildet, so daß sie im Bedarfsfall jederzeit zur Hilfeleistung herangezogen werden können. Trotzdem entspricht die Besetzung der Unfallstationen mit einem einzigen Gehilfen, der durchgehend Nachtdienst zu leisten hat, in keiner Weise den Erfordernissen eines gutorganisierten städtischen Sanitätsdienstes. Der Arzt, der den Unfallstationen zur Verfügung steht, ist nicht an das Wachtlokal gebunden. Er muß jederzeit... erreichbar sein. Es wird versichert werden, daß die „Erfahrung“ gelehrt habe, daß alle diese Maßnahmen „hinreichend“ seien. Im Rahmen einer Gesellschaft, die so wenig Ehrfurcht vor dem menschlichen Leben und der menschlichen Arbeitskraft hat, wie die kapitalistische, ist diese Versicherung ebenso zwangsläufig, wie die „Theorie der Bestrafung“ des Herrn Generaldirektor Dorpmüller. Das Proletariat hat denn auch die Klassengebundenheit bürgerlicher Hilfsorganisationen in ganzem Umfange erkannt. Es sucht ihnen kräftig entgegenzuwirken durch die Gründung, Pflege, Erhaltung und den Ausbau der Arbeiterkameraderorganisationen. Immer mehr müssen diese Organisationen sich als Träger klassenbewußter Solidarität fühlen. Jede Zurückweisung ihrer Hilfeleistung durch das Bürgertum oder durch Behörden, wie sie sich mehrfach ereignet, muß ihnen immer deutlicher den Stempel einer Klassenorganisation aufprägen. Nicht „Dienst am Volk“, „Dienst am Proletariat“ muß ihre Devise sein. Auch sie müssen die Entwicklung vorwärtstreiben und sich nicht verleben lassen, auf „neutralem“ Boden zu stehen. Die ungelanteten und ungenannten „barmherzigen“ Helfer - jede Nacht drei in der „Großstadt“ Dresden!! sind Symbol einer Epoche, der die Arbeitskraft, das Leben, der Schlaf nur insoweit etwas gilt, als er ausbeutet ist. Dreizehn Rothkeller existieren nur... im Märchen. Das Proletariat aber wird die bessere Wirklichkeit schaffen.

Vampier

Man braucht nicht gerade Hans Heinz Ewers zu lesen, jenen „gruselnregenden“ bürgerlichen Schriftsteller der Pervertionen, der von einem geistreichen Satiriker wie folgt apostrophiert wurde „Hautgott“ (Wildgeruch) aus zweiter Hand in blütenweißen Glases, um den Vampieren zu begegnen. In den Großstädten begegnet man ihnen auf Schritt und Tritt. Tags und nachts. Sie sind die Kasgeier, die Hyänen auf... dem blutigen Schlachtfeld des kapitalistischen Betriebes. Schlepper, Spanner, Ratten, Luben, Fledderer, Flebdenmacher, Schmierestcher, Penner, Halbheldene... Vordpichel, Bauernfänger, Verpfeifer. So tropisch wuchert auch das Rotwelsch der lumpenproletarischen Schichten kein mag, es genügt kaum die phantastische Zülle jener... Berufe zu erschaffen, die vampirgleich sich vom saulenden Leib der versumpften kapitalistischen Gesellschaft ernähren. Erklärte Feinde dieser Gesellschaft nicht aus Genuß und Erkenntnis, als vielmehr aus materieller und seelischer Not rächen sie am Einzelnen, was die kapitalistische Gesellschaft an ihnen verbrach. In den Metropolen kapitalistischen Betriebes, so Chicago vertragen sogar die „alleinigmachenden“ Nachtmittel des Stantes, Panzerwagen und Handgranaten im Kampfe gegen die „Unterwelt“. Auch in der „wohlgeordneten“ Bürgerrepublik Deutschland ist die Tätigkeit der... Polente ein Stimulans. Die Organe der öffentlichen Sicherheit haben bestenfalls eine n Kopf der Gesellschaftsgebilde ab... und das verpöhlende giftgetränkte Blut läßt hydragleich deren zeh n hervorströmen. (Wesentliches hierüber in dem Buch: Der Vordpichel und der Staat. Händel-Stuttgart. Stimmen zur Todesstrafe aus allen Lagern.) Die Organe der kapitalistischen Gesellschaft vermögen nicht die Stämpfe mit glühender Fadel auszubrennen, weil sie sonst ins eigene Fleisch brennen müßten. Erst durch die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaft aber kann dem Verbrechertum und dem Lumpenproletariat systematisch Abbruch getan werden. Im Sumpf gedeihen Sumpfpflanzen. Im kapitalistischen Sumpf gedeiht die bunte Reihe: Schlepper, Spanner, Ratten, Luben, Fledderer, Flebdenmacher, Schmierestcher, Penner, Halbheldene, Vordpichel, Bauernfänger, Verpfeifer, die schwarzen des nächsten Dasein führen.

Wagenwäscher

In den Garagen ist Licht. Ob draußen der Reif glühert oder der Asphalt regenfeucht erglänzt, ob der Schnee weich herunterfließt oder der linde Frühlingwind durch die Straßen küßelt. In den Garagen ist Licht Nacht für Nacht. In den Garagen. In den Straßenbahnhöfen. In den Werkstätten der Reichsbahn. Nacht für Nacht. Die Wagenwäscher stehen mit gelpreizten Beinen in der Feuchte, die in Strömen um sie pladdert und mit jedem Wasserstrahl, den sie über die Limousine des Herrn Generaldirektors, über das Cabriolett des Herrn Präsidenten, über den Rolls-Royce des Herrn Kommerzienrats entfeunden, schießt langsam der Rheumatismus, die Wagenwäscherkrankheit in ihre Knochen. Aber die Wagen warten nicht. Einer um den andern passiert das Tor der Garage, um nach kurzer Rast wohlgesäubert, in den Tumult der Großstadt zu stürzen. Die Wagenwäscher sind es, die nachts den Schmutz von den Speichen und von den

Kettflügeln der Kraftwagen schwemmen. Die Generaldirektoren und Kommerzienräte sitzen tags in den schweißenden Pelzten. Dafür beziehen die lehteren Millionengewinne, während die ersten einen larmen Wochenlohn nach Hause tragen. Aber die Stunde kommt, wo die Wagenwäscher mit dem Dreß der Kapitäl



Städtischen Großstadt auch die Generaldirektoren und Kommerzienräte hlawegschwemmen werden. Denn die Räder, auf denen die Revolution rollt, müssen sauber sein.

Stenographie

Als Kulturerziehung hat der Arbeiter-Stenographenverband durch jährliche Bildungsarbeit am Proletariat Proben des Könnens und der Aufwärtsentwicklung gezeigt, daß er seiner Aufgabe, der Förderung der Stenographie, voll und ganz gewachsen ist. Daher bitten wir die Gewerkschaften, politischen Arbeiterparteien und freie geistige Verbände in verstärkter Maße zwecks Ausbildung und Pflege der Kurzschrift innerhalb der Arbeiterkassen zum Eintritt in den Arbeiter-Stenographenverband aufzufordern. Es sei hier besonders gesagt, daß sich noch viele Angehörige der Arbeiterkassen bürgerlichen Vereinen zuwenden, obwohl sie das Bewußtsein haben müßten, daß sie ihrer Klassenlage nach nicht dorthin gehören. Der Arbeiter-Stenographenverband gibt die Zusicherung, daß für eine gezielte Aus- und Fortbildung in der Stenographie gebürgt ist. Die Ortsgruppe Dresden eröffnet folgende Kurse in Einzelsturzschrift: für Anfänger am Dienstag, dem 4. Sept., 8. Volkshule, Moritzburger Platz, 19,30 bis 21 Uhr; Mittwoch den 5. Sept. Jugendheim, Poststraße Nr. 15, 19,30 bis 21,30 Uhr; Donnerstag den 6. Sept. 21. Volkshule, Freiburger Platz, 19,30 bis 21 Uhr. Preis einschließlich Lehrmittel 7 RM; für Fortbildung Montag 8. Volkshule, Moritzburger Platz 19,30 bis 21 Uhr; Donnerstag 21. Volkshule Freiburger Platz 19,30 bis 21 Uhr.

Brand bei Beeg

In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch brach um 2,26 Uhr im Gebäude U auf dem Gelände des Güterbahnhofs ein Feuer aus, das das 1. und 2. Obergeschoß und den Dachstuhl ergriff und gänzlich ausbrannte. Der Dachstuhl eines Seitenschildes wurde ebenfalls ergriffen. In ihm befinden sich Eisenbahnerwohnungen. Das Grundstück gehört der Reichseisenbahnverwaltung. Im Gebäude U befindet sich die Metallwarenfabrik von Hermann Beeg. Zwei Löschzüge, unter der Leitung des Bahnhofsehers der Hauptwache, Brandmeister Wolf, eröffneten den ersten Löschangriff. Auf die Meldung Mittelfeuer rückten 4 Normallöschzüge, darunter der Großbrandlöschzug sowie der Pionierzug aus. Mit 4 Motorpumpen und 15 Schlauchleitungen mußte wegen Unpassierbarkeit der im Gebäude befindlichen Treppen ein Außenangriff unternommen werden, der mittels 3 mechanischen Drehleitern und mehreren Steck- und Hakenleitern durchgeföhrt wurde. Ueberhaupt war das Herandrängen der Löschzüge durch Brandmeister Wolf und Amtsbaurat Dr. Veitbold ziemlich schwierig. Zu allem Ueberflus sollen Schlüssel zu den Zufahrtstraßen über das Gelände der Reichsbahn verlegt gewesen sein (!). Gegen 3,15 Uhr wurde Brandmeister Wolf durch in der Dunkelheit herabstürzende Gesteinssteine leider schwer verletzt. Er erlitt einen doppelten schweren Schädelbruch durch das fallende Gemäuer, das seinen Helm durchschlug. Sofort fand die Ueberführung des Schwerverletzten ins Krankenhaus Friedrichstadt im Dienstpersonenzug der Feuerwehr statt. Dieser Unglücksfall und die schwere Tätigkeit der Feuerwehr sind ein Beispiel von Aufopferung, dem man

5 große Bearüßungs-Rundgebungen

zum Empfang der auswärtigen Jugendtag-Teilnehmer

am Sonnabend, 1. September um 19,30 Uhr

- Altstadt-Vöbtau: Bürgergarten, Lübeder Straße
- Neustadt: Orpheum, Ramenzer Straße 19
- Striesen: Volkshaus Dresden-Ost, Schandauer Straße
- Leuben: Gasthof Dobritz
- Freital: Sächsischer Wolf.

Vasprachen der Vertreter der KPD, des KJVD, JSB, KJB und KJWB.

Schalmienkonzerte des KJB. Auftreten der „Roten Kisten“, der Leipziger Kapellprotruppe des KJVD und der Roten Trommler des JSB Leipzig. Rezitationen des Gen. B. Strzelewicz.

Allerhand vom Flughafen

(Arbeiterkorrespondenz)

Unter der Ueberschrift „Allerhand vom Flughafen auf dem Heller“ bringt die Dresdner Volkszeitung vom 28. August einen Artikel über die Zustände auf dem Dresdner Flughafen. Als „linkes“ SPD-Blatt macht sie natürlich in „Opposition.“ Sie bezeichnet den Flugplatz „als kolonialen Luxus“, und erwähnt, daß die Erhaltung und der Ausbau des Flughafens nur durch „erhebliche Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln“ möglich ist. Wieviel Flugzeuge benutzen denn nun den Heller? Die Dresdner Weltzeitung sagt: „Seit... (Luzerne) am Tage, die ankommen und abfliegen, das ist alles, dafür der mächtig große, noch immer in Vergrößerung begriffene, mit sehr erheblichen Kosten hergerichtete Flugplatz.“ Und woher werden diese erheblichen Kosten aufgebracht? Auch das verrät die Dresdner Volkszeitung: „Denn die öffentlichen Mittel, das ist schließlich unser Geld.“ Kostspieliger Luxus? Das haben wir doch schon öfter in der Dresdner Volkszeitung gelesen, was es nicht erst kürzlich in der Angelegenheit der Panzerkreuzerbewilligung? Und tatsächlich ist es daselbe Bewirungsmandat, das die SPD mit diesem Artikel bezweckt und es ist nicht schwer, den Zusammenhang zwischen Panzerkreuzer und Flughafen Dresden zu finden. Die Dresdner Volkszeitung will ihren Lesern weiß machen, daß der Staat für sechs Flugzeuge täglich einen so „mächtigen großen“ Flughafen zum „Luxus“ baut und mimit Opposition dagegen. Nein! Die Bourgeoisie und ihre sozialdemokratischen Ministerknechte wissen schon, was sie tun, die Dresdner Volkszeitung mag sich bei ihrem Parteigenossen Severing erkundigen oder den Entwurf zum neuen Wehrprogramm der SPD studieren: der neue deutsche Imperialismus baut Flugzeuge und Panzerkreuzer für den kommenden Krieg gegen Sowjet-Rußland. Die Flugzeughäfen werden so ausgebaut und eingerichtet, daß sie Raum, Tankstellen usw. für 50 und mehr Flugzeuge haben, auch wenn jetzt täglich nur ein einziges Flugzeug dort landet. Panzerkreuzer und Flughäfen, immer größer werdende Rüstkungen der Reichswehr und Militarisierung der Schutzpolizei, das alles zeigt klar den Weg des neuen deutschen Imperialismus zum Kampf gegen Sowjet-Rußland. Dagegen helfen nicht leere Proteste. Nur der Kampf der Arbeiter kann den kommenden Krieg verhindern. Der Volkswille gegen den Bau der Panzerkreuzer ist ein Schritt auf diesem Wege. Hel.

Auch ein Betriebsrat

(Arbeiterkorrespondenz)

Bei der Zigarettenfabrik Greiling starb vor einiger Zeit ein Arbeitskollege. Im Betrieb wurde für die Hinterbliebenen von den Arbeitskollegen gesammelt. Die Sammlung ergab die Summe von 90 RM. Der SPD-Betriebsratsobmann soll der Witwe nur 50 RM. gegeben haben. Was ist aus den restlichen 40 RM. geworden? Er soll aus dem Betrieb entlassen worden sein, aber die Volkszeitung bringt verblüffenderweise nichts davon. Nun, wo bleibt die Wahrheit, ihr Wettinerplatz-Helden? Wenn es Kommunisten wären, dann würde das Maul aufgerissen, aber in diesem Fall, ja Bauer das ist ganz was anderes... Arbeiter leht auf eure Betriebsräte, wählt keine Panzerkreuzerbewilliger!

Aus Not in den Tod

Ein Familie verübt Selbstmord

In ihrer Wohnung in der Neuen Gasse wurden der 68 Jahre alte Musiker Wilhelm Ubrich und dessen Frau durch Vergiftung vergiftet tot aufgefunden. Wie die Erörterungen ergaben, haben wirtschaftliche Sorgen das betagte Ehepaar veranlaßt, gemeinsam den Tod zu suchen.

Brandmeister Wolf seinen Verletzungen erlegen

Am Mittwoch ist um 20 Uhr der, bei dem Großfeuer verunglückte Brandmeister Wolf seinen schweren Verletzungen erlegen. Der in treuer Pflichterfüllung in Ausübung seines schweren Berufes auf so tragische Weise ums Leben gekommen Beamte stand das 32. Jahr im Dienste der Feuerwehr.

Ein Diebespaar festgenommen

Vor einigen Tagen wurde in einem hiesigen Kaufhaus ein Ehepaar aus Dresden bei einem Diebstahl erwischt, festgehalten und der Kriminalpolizei übergeben. Der gestohlene Gegenstand - eine elektrische Kochplatte - konnte dem Ehemann wieder abgenommen werden. Er hatte die Platte in einem günstigen Augenblick aus einem Regal herausgelangt und unter seinem Jackett verschwinden lassen. Bei der Durchsuchung seiner Wohnung wurden u. a. eine größere Menge neuer Gegenstände, wie Tischmesser, Gabeln, Sport- und Damenstrümpfe, Leibwäsche, Hosenträger, Handschuhe zutage gefördert. Ueber die Herkunft der Sachen, die von der Kriminalpolizei beschlagnahmt wurden, verwickelten sich beide in Widersprüche, so daß angenommen werden kann, daß es sich um Diebesgut handelt.

Diebstahl. Am 26. August 1928 nachmittags wurden in der Kantine des 3. Fluges der Pferderennplätze 100 Mark gestohlen. Der Diebstahl wurde bemerkt und der Dieb von der Menge gestellt. Es gelang ihm zu entfliehen. Er wurde außerhalb der Umzäunung von einem uniformierten Polizeibeamten des Aufsichtsdienstes verfolgt und festgenommen.

Verlängerung der Ferien. Infolge der Bauarbeiten beim städtischen Mädchenmannheim ist eine weitere Verlängerung der Sommerferien notwendig. Das Ministerium für Volksbildung hat den Unterrichtsbeginn auf den 3. September 1929 festgelegt.

Jugendweibe 1929. Kinder der 7., 14., 30. Volkshule welche an der Jugendweibe 1929 teilnehmen, wollen sich umgehend bei Genossen Rohberg, Friese, Johann-Weger-Straße 26, oder bei Genossen Görne, Bischofsweg 1, Erdgeschoss, melden.

Bütteldienste der SPD für die Bürgerlichen

Aus dem Bauener Stadtparlament

Nach vierwöchiger Pause tagte vergangene Woche wieder das Stadtparlament. Die reichhaltige Tagesordnung gab zu einer lehrreichen Sitzung Veranlassung. — Vorliegend wurde eröffnet und leitete die Sitzung. Unter „Kenntnisnahme“ lag eine Mitteilung des Rates vor, die die Unregelmäßigkeiten bei der häuslichen Wirtschaftsverwaltung betreffen. Gen. Wenzel erklärte hierzu, daß der Untersuchungsausschuß wohl getagt habe, aber kein klares Bild von der ganzen „Schweineerei“ zu erfassen sei. Ein weiterer Antrag des Gen. Wenzel, den Bewohnern des Wohnungslosenheims zwei Hauschlüssel zu verabfolgen, wurde abgelehnt. Wir fragen hier die Öffentlichkeit, grenzt das Verhalten des Rates und der Stadtverordneten nicht an Freiheitsberaubung? — Eine Eingabe der Roten Hilfe Bez. Schiffschiffen betr. Benennung einer Straße für die von der amerikanischen Luftjagd ermordeten Arbeiter Socco und Vanzetti gab Anlaß, das Trauerspiel des bürgerlichen Vorliebers ins rechte Licht zu rufen. Lunge erklärte, das Kollegium sei für solche Sachen „nicht zuständig.“ Mit Recht behaupteten unsere Genossen, weshalb denn überhaupt das Plenum hier tagt. Der Rat macht ja alles. Die Stadtverordneten müssen alles für ihre Mühe hinnehmen. Selbst der Antrag des Gen. Wenzel, daß der Antrag überhaupt zugelassen werde, wurde abgelehnt. Wahrscheinlich wird weit gebracht in Bauen.

Ein glänzendes Spiegelbild der sozialen Einstellung unserer Stadtverordneten gab die Verwendung der von der Grenzlandspende zugewiesenen 200 000 RM. An die Ueberweisung ist die Bedingung geknüpft, daß sie nur für „kulturelle Zwecke“ zu verwenden ist. Schnell war sich da der Rat einig, daß das Museum eine Erweiterung notwendig hat. Ein damit verbunden ist eine Verlegung der Volkshochschule, der Spar- und Girokasse, des Steueramtes usw. An allerlei so fürchterlich wichtige Dinge dachte man da, nur an die Krankenhausvergrößerung wollte man nicht denken. Man erwähnte es wohl, ging aber vorsichtig daran vorbei. Besonders interessant war das Verhalten der SPD-Gruppe. Sie stimmte der Ratsvorlage zu, mit dem ergebenden Rücktritt. Als besonderer Dienstverdienst der Bürgerlichen trat der Sozialdemokrat Albert hervor. War es anders möglich, daß der Oberbürgermeister die SPD lobt, wenn sie nach großen Reden doch Ja und Amen sagt? — Gen. Schulz rechnete mit dieser Spitze entsprechend ab. Heute sind Ruhesten für eine gewisse Schicht des Volkes da, den Arbeitern bleibt die wenigste Zeit hierfür übrig. Eine andere Frage ist die: Ist das Wohnungswesen in Bauen nicht auch ein kultureller Zweck? Bauen hat 200 000 RM für den Krankenhausbau von der Regierung. Bauen hat den Museumsbau am wichtigsten. Wahrscheinlich will man ein Panoptikum unserer ad. so geistreichen Stadtverordneten angliedern. — Das sind nun die Wahlversprechungen der SPD, für soziale Verbesserungen nichts, für Panzerkreuzer alles. Gen. Schulz brachte eine Entschließung ein, die von der Regierung verlangt, die 200 000 RM für notwendige soziale Zwecke verwenden zu lassen.

Das Bauener Stadtverordneten-Kollegium protestiert aufs schärfste dagegen, daß die Reichsregierung die aus der Arbeiterschaft und dem Kleinbürgertum herausgeprägten Steuererlöse für riesige Rüstungsausgaben verwendet. Der beachtliche Bau von Panzerkreuzern wird allein mindestens eine halbe Milliarde verschlingen. Angesichts der großen Wohnungsnot und der elenden Lage der Erwerbslosen, Sozialrentner und anderer Schichten des Volkes fordert das Stadtverordneten-Kollegium die Verwendung dieser Summen für soziale Zwecke.

Weiter fordern wir von der Reichsregierung die der Stadt Bauen aus dem Grenzland zugewiesenen 200 000 RM nicht für den Museumsbau, sondern für den Krankenhausbau verwenden zu lassen. Dasselbe wird schon seit 1912 geplant, und ist unter den gegebenen Verhältnissen viel dringender als der Museumsbau. Eine Verwendung der 200 000 RM für den Museumsbau lehnt das Stadtverordneten-Kollegium ab.

Diese Entschließung sollte den Herrschaften von rechts bis zur Sozialdemokratie nun gar nicht in den Kram. Der Vorlieber versuchte nach alter Weise die Sache abzuwürgen, indem er den Antrag nicht annahm. Mit berechtigter Entrüstung bestanden unsere Genossen darauf. Aber selbst die Sozialdemokraten billigten diesen offenen Bruch der Weisheitsordnung. Schumann (SPD) lobt sogar das Verhalten des Vorliebers. (Ist bei diesen Koalitionsbrüder auch anders möglich?) Zum Zeichen des Protestes verließen unsere Genossen den Saal. Die folgende Abstimmung ergab natürlich Annahme der Ratsvorlage. War es auch anders möglich bei der erbärmlichen Stellung der Sozialdemokraten. Nun die Arbeiter in den Betrieben werden ihnen die Antwort nicht schuldig bleiben. Sie sind und bleiben treue Nachahmer ihrer Ministergenossen in der Regierung. — Bei der Haushaltsplanberatung ereiferte sich die SPD über die mangelhafte Gemeindevorbereitung; daß aber sie mit ihrer Hilfe geschaffen wurde, ist ihr nicht bewußt. O, welche Logik. —

Abänderungsbefehle zur Besoldungsordnung und Ergänzungen zur Verkehrs- und Straßenordnung wurden genehmigt. — Ebenso eine Erhöhung der Krankenhausverpflegungslöhne von 5,75 auf 6,25 Mark. — Die Gaspreiserhöhung stand wieder einmal auf der Tagesordnung. Eine Herabsetzung kann der Gaswerksausschuß nicht „verantworten.“ Gen. Horstmann erklärte jedoch die Möglichkeit und stellte den Antrag, den Gaspreis ab 1. September um 2 Pf. zu erniedrigen, der Rabatt kommt in Wegfall. Da es genügend Unterstützung vorhanden war — die Sozialdemokraten hielten es nicht für notwendig — wurde er hinjählig. — Von Ferngasversorgung will man in Bauen nichts wissen. — Motto: Rückhand, du sei mein Gefährte! —

Nach fast sechsstündiger Sitzung wurde auf Antrag des Gen. Wenzel die Tagesordnung abgebrochen, der unglückliche Stern aber malte weiter über Bauener Stadthäupter, wobei die Sozialdemokratie wieder den schwächsten Schein erhalten; getreu ihrem Sinnpruch: Mit Gott für Hindenburg und Panzerkreuzer!

Ist Johndorf bei Bittau ein Erholungsheim?

Eine Arbeiterin, welche von der Krankenkasse in Neugersdorf nach Johndorf zur Erholung und Genesung geschickt wurde, schreibt uns folgendes: Ich war vom 7. Juni bis 4. Juli 1.3 im Erholungsheim in Johndorf. Mit den besten Hoffnungen, mich von meiner schweren Krankheit erholen zu können, bin ich dorthin gegangen, zunächstbar erholte ich mich, bin ich dorthin vorgeführt, daß ich durch eine kräftige Beschäftigung und gute Behandlung von Seiten der dort tätigen Schwestern Erholung und Genesung finden werde und mußte feststellen, daß beides viel und alles zu wünschen übrig läßt. Krodenes Brot, schlechte Wurst, hartes Rindfleisch und die für einen gesunden Magen unentbehrlichsten Speisen sind wenig geeignet, den Körper zu stärken. Dazu kommt noch, daß die Erholungsbedürftigen kurz nachdem sie gebadet haben, zum Kartoffelschalen zwei Stunden in den Keller geholt werden. Schöne Erholung! Was die geringe und niemals schlechte Kost zur Erholung nicht beizutragen vermag, das ersetzt die Oberin dieser Anstalt durch eine geradezu „vorbildliche“ Behandlung der Kranken und Genesungsbedürftigen. In einem unverschämten Kasinohofen zeigt die Oberin ihre Vorzüge. Jedochfalls will diese Oberin den Wert von 3,75 Mark, welche per Tag und Person gezahlt werden müssen und welcher durch die geringe Beschäftigung nicht erreicht wird, durch ihre Korporalmanieren ausgleichen. Ich bin der Meinung, daß es höchste Zeit wäre, daß die Krankenkassen in dieser

Anlässlich des Jugendtages veranstaltet der RW gemeinsam mit dem kommunistischen Jugendverband eine Antikriegsausstellung in Müllers Restaurant, Schäferstr., in der Zeit vom 2. bis 9. September. Eintritt frei.

Anstatt einmal Nachschau halten und dafür sorgen, daß den Erholungsbedürftigen jene Nahrung und Behandlung gegeben wird, welche dem Zwecke, für welchen die Kranken dorthin geschickt werden, entsprechen. Bei den Zuständen aber, welche in Johndorf herrschen, habe ich mich gar oft nicht wie in einem Erholungsheim, sondern wie in einer Strafanstalt gefühlt. Wann wird das endlich zum Wohle der dort untergebrachten Arbeiter und Arbeiterinnen Ordnung geschaffen werden?

25. Stiftungsfest des Ortsausschusses des ADGB Geithensdorf

Am Sonnabend dem 25. und Sonntag dem 26. August fand bei schönstem Wetter das 25. Stiftungsfest des Ortsausschusses statt. Die Beteiligung war ansehnlich. Am Sonnabend war Fackelzug durch den Ort mit anschließendem Kommerz. Musikalische sowie gesangliche Darbietungen von Orchester und Arbeitergesangsverein verschönerten den Abend. Die Ansprache hielt ein Angestellter des Betriebsbundes. Seine Ausführungen zeigten von sehr wenig Kampfesgeist, an verschiedenen Beispielen zeigte er die direkte Ohnmacht der freien Gewerkschaften, wie bei Ausbruch des Weltkrieges und bei der Inflation. Zum Schluss forderte er die Anwesenden an, für die Gewerkschaften zu werben. Der Vorsitzende, Kollege Michel, nahm dann noch die Ehrung der Gründer vor. Am Sonntag fand ein Festzug statt, bemerkenswert war hierbei der Festwagen der Schuhmacher. Schärfste Kritik ist an der äußerlichen Ausgestaltung des Festplatzes zu üben. Nicht eine einzige tote Fackel war auf dem Wege zu sehen. Mit Entrüstung zogen viele Arbeiter, als sie dieses sahen, wieder ihrer Behausung zu. Wir fragen: Sind denn die Reformen schon soweit auf den Hund gekommen, daß sie vor toten Fackeln stehen? Im allgemeinen nahm das Fest einen guten Verlauf. D. S.

Ein ländliches Jddu... (Arbeiterkongresspenden)

Kleinrodorf. In breiten Kreisen ist bekannt, daß für das Rittergut Kleinrodorf Arbeiter aus der ferne bezogen werden müssen, weil einheimische Arbeiter schwer zu kriegen sind. Den Auswärtigen wird „Junker vom Maul“ geschmiert, sind sie aber hier, dann werden sie oft als alles andere als Menschen angesehen und auch darnach behandelt. Der aufmerksam beobachtende sieht schon am ersten Tage, was gespielt wird. Ist eine Arbeiterfamilie da, die 1 oder 2 Kinder hat, die sich auf dem Gehöft sehen lassen, da heißt es: „Macht euch raus auf die Straße!“ Ist bei einer Familie ein Kind in Aussicht, da sollen ihr die Fenster mit Brettern vernagelt werden. Kinder werden mit Christen und mit dem Stod traktiert und beschimpft. Unlängst passierte es, daß eine ältere Frau und ein fast 70jähriger Mann einen großen Leiterwagen einen Berg abwärts ließen (mit fast keinem Schließzeug), wo zwei

„Unsere Katz' hat Junge...“

lingend durchzogen SWJ-Gruppen zum SWJ-Reichsjugendtag das Dorfamt der Arbeiterkassen. Das war ein Ausdruck des politischen Bankrotts des SWJ-Reichsjugendtages. Er war kein Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Um so mehr wird der

14. Internationale Jugendtag

am 1. und 2. September in Dresden ein Kampf-Kulmarsh der Arbeiterjugend von Ost- und Westfalen werden.

Jungarbeiter, demonstrieren mit der kommunistischen Jugend!!!

starke Pferde nur schwer ohne Schließzeug den Wagen halten können. Die Frau kam unter den Wagen, trotzdem ging sie weiter zur Arbeit, bis es nicht mehr ging, weil ihr der Wagen direkt über Brust und Magen gefahren war. Obwohl sie der Arzt arbeitsunfähig geschrieben hatte, wurde sie vom Arbeitgeber verhöhnt und von der Frau Gnädigen noch dazu als zu faul zum Arbeiten beschimpft. Die „Gnädigen“ muß es wissen, hat sie doch im vorigen Jahr nicht weniger als 13 Kammeils gebraucht (ohne die Stuben- und Küchenmädchen), in diesem Jahr sollen es seit April schon 10 Mädchen sein. Zahlen, die beweisen, wie berechtigt die Gnädigen ist, über Faulheit zu reden. Es ist vorgekommen, daß Kinder im Alter von 7 Jahren von den Eltern am Sonntag die Erlaubnis erhalten haben, ins Nachbarort zu einem Fest zu gehen. Auf dem Nachhauseweg liefen sie, um den Weg abzukürzen, über ein Stoppelfeld, über das schon einen ganzen Tag Wagen gefahren waren. Die Kinder wurden ins Gesicht geschlagen und mit Stocken traktiert. Der Vater, der sich solche Rohheiten verbat, wurde mit allerhand lebenswürdigen Ausdrücken belegt. „Gnädigen Herrschaften“, deren Rittergut im großen und ganzen das Bild einer Sklaverei zu erwecken geeignet erscheint. Es ist vorgekommen, daß auch einmal auf dem Hof müllert worden ist, dafür wurden die Leute vertrieben und umsitziert und ihnen das Müllern verboten, trotzdem es von den Arbeitern gern gehört wird. Arbeiter, seid vorsichtig und erkundigt euch erst ehe ihr eine Stelle auf Rittergütern antrittet. Beschäftigt auch vorher die Holzlieferung, denn sonst habt ihr Morat anstatt Holz. Den „gnädigen Herrschaften“ vom Rittergut Kleinrodorf aber sei gesagt, daß diese Behandlung nur Delinquenten der wachsenden Empörung ihres „Knechtvolkes“ sein kann. Die Zukunft wird auch ihnen die Abrechnung in ihr ländliches Idyll bringen.

Freidenkerversammlung in Brodwin-Görnewitz

Am 15. August fand in Wähnes Restaurant eine Freidenker-versammlung statt. Gen. Tade (Weichen) gab den Bericht von der Generalversammlung in Frankfurt a. M. In der Weichen Volkszeitung vom 22. August stand nun der Bericht von dieser Versammlung. Staunen muß man über die ungenügende Berichterstattung. Man muß feststellen, daß in dem Bericht der Volkszeitung wichtige Tatsachen fehlen. Kein Wort ist zu lesen, daß von den Anwesenden fast die Hälfte gegen die Generalversammlung Sturm lief und sich gegen die Delegierten aussprach. Weiter wurde verworfen, daß man den Delegierten so hohe Diäten bezahlt hatte. Gegen den Ausschluß oppositioneller Genossen wurde protestiert. Eine Resolution hierzu wurde von Gen. Salomon eingebracht, die aber durch das gute Handeln von Gen. Salomon der SPD-Partei abgelehnt wurde. Auf Beschwerde gegen die Opposition, aber wenn irgend etwas las ist, dann heißt es immer: wir haben erst Vorstandswahl von der der SPD. Also bei jeder Sache muß erst die SPD gefragt werden. Wir fragen nun: Ist das wirklich etwas anderes als Fraktionsarbeit? Als in einer vorhergegangenen Versammlung ein Schreiben von der Roten Hilfe vorlag (über Annette), wagt das Gegenderte der SPD-Reaktion groß. Die Rote Hilfe sei eine kommunistische Organisation und das Schreiben soll nur Jant und Streit in die Gruppe tragen. Besondere Reizigkeit überdies sich dabei in Rede gegen die SPD und gegen die politischen Gelangenen, indem er erklärte: Ich bin grundsätzlich gegen Annette; denn Annette heißt um Gnade weineln. Er zeigt hiermit alles andere, doch nicht seinen proletarischen Charakter. Die Arbeiterkassen wird diesen auch-Proleten besonders im Auge behalten. Als er dann mit seinen schönen Grundrissen nicht durchkam, verließ er mit einigen seiner Getreuen das Versammlungslokal. Hieraus können die Freidenker Genossen, die schon lange nicht mehr in eine Versammlung kommen, eben, weil dort die SPD immer die maßgebende Rolle spielen will, erleben, wie notwendig es ist, die Versammlungen besser zu besuchen, was nicht die Freidenkerorganisation zur Filiale der SPD werden zu lassen.

Freital. Wir weisen unsere Leser darauf hin, daß alle Bestellungen auf proletarische Literatur, insbesondere auf die SWJ und sonstige Zeitschriften von dem Genossen Albin Heing, Freital-Vierzig, Schöcher Straße, entgegengenommen werden.

NEU

Mit unglaublicher Schnelligkeit

hat sich die bekannte Blauband-Margarine die Gunst der deutschen Hausfrau erworben. Indes ist vielfach unter dem Druck der wirtschaftlichen Verhältnisse der Wunsch nach einer zwar ebenfalls guten, aber im Preis etwas niedrigeren Margarine laut geworden. Die Blaubandwerke bringen deshalb jetzt neben „Blauband“ ein neues Spezialerzeugnis „Alma, die Margarine für Alle“ in den Handel, das diesen Wunsch erfüllt und den Hausfrauen eine hochfeine Qualität bei wohlfeilem Preise bietet. Da hierbei alle Sorgfalt auf die Beschaffenheit der Ware gelegt ist, kann von der Gewährung von Zugaben oder Gutscheinen keine Rede sein.



Sie kaufen für billiges Geld eine vorzügliche Qualität, verzichten Sie deshalb auf sogenannte „Geschenke“!

Preis nur 85 Pfennig das Pfund

ALMA DIE MARGARINE FÜR ALLE

Die Leipziger Messe im Zeichen des Konjunkturmchwunges

Dass eine Konjunktur nicht ewig dauern kann, hat sich auch in den Kreisen der Unternehmer herumgesprochen. Die Anzeichen für das Ende der Hochkonjunktur, die als spezifische Inlandskonjunktur mit dem Beginn des großen englischen Kohlenpreises einsetzte, liegen die Unternehmer, die als Aussteller auf die Leipziger Herbstmesse kamen, ein schlechtes Gesicht erwarten. Sie hatten recht. Selbst die mechanische Propagandaabteilung kann es nicht leugnen: Ausstellerzahl und Umsätze haben sich wesentlich vermindert. Und das Ausland, auf das man so sehr gehofft hatte, ist in der Form, wie man es erwartete, ausgefallen. Die freundlichen Kaufmann kommen nicht zum Einlaufen, sondern zum Verkauf. Sie haben schon am ersten Tage ihre Auftraghefte recht fleißig gebrauchen können. Die Besteller sind Deutsche und Ausländer zusammen. So läßt sich denn im großen ganzen behaupten, daß die diesjährige Herbstmesse nicht das deutsche Auslandsgeschäft, auf das man angeblich zur Ablösung der Inlandskonjunktur hoffte, fördert, sondern höchstens den Import.

Die Einwohner Leipzigs, die die Straßen bevölkern, ziehen einen nachfolgenden Vergleich. Sie sagen: vor einer Woche markierten die roten Frontkämpfer aus Mitteldeutschland hier auf. Da hat man gesehen, was Menschenmassen sind; der heutige Aufmarsch der Messfremden kann da nicht mit. Keuchere Zeichen — tiefere Gründe. Schon jetzt machen sich im proletarischen Haushalt die Zeichen der steigenden Not bemerkbar. Wir wollen gar nicht an die kletternden Lebensmittelpreise denken; erwähnen wir nur, daß im Ruhrrevier, in Mitteldeutschland, in Nordwestdeutschland, überall wo sich die Industrie ballt, Massenentlassungen vorgenommen werden. Die gesamte Lohnsumme, die von den deutschen Kapitalisten gezahlt wird, fällt mit der Ausschüttung menschlicher Arbeitskräfte aus dem zurückgehenden Produktionsprozeß. Mit ihr fällt auch die Kaufkraft der Massen. Und die Unternehmer, die als große Einkäufer nach Leipzig kommen, wissen das. Sie treten im Stillen eine sehr richtige Wirtschaftsanalyse. Für sie heißt rückgehende Kaufkraft: Einschränkung der Bestellungen. Diese Einschränkung erstreckt sich, wie seit Jahren nicht mehr, sogar auf die typischen Weihnachtsartikel. Man glaubt also auf Unternehmensebene, daß sogar die diesjährigen Christbaumverzierungen, Heiligenschilder und Kinderkrippen, die man den Proleten zur Hebung ihrer seelischen Wohlfahrt fürstlich verkauft — mit den notwendigen Preiszuschlägen natürlich — diesmal zu Schaden kommen werden. Und wenn sogar das, was Fleischnote und den Massen die Illusion eines sumerlosen Feiertages vorgaukelt, nicht mehr geht, dann gehen die großen Bedarfsgegenstände (Kleidungsstücke, Möbel usw.) natürlich erst recht nicht.

Und die Folge? Infolge Auftragsmangels, der aus der sinkenden Kaufkraft des Proletariats resultiert, werden weitere Arbeiterentlassungen — und die Kaufkraft sinkt weiter.

Aber es gibt natürlich auch Teilgebiete, die besser arbeiten. Zu ihnen gehört z. B. die Bureaubedarfsmasse. Ein Kartofelkasten ersetzt eine halbe Buchhaltungsabteilung. Eine Adressiermaschine macht mehrere Schreiber überflüssig. Eine automatische Schreibmaschine erspart eine halbe Schreibkraft. Eine geistlich erfindende Druckmaschine löst die Buchschreiber ab, die sonst einer Reihe von Erwerbslosen wenigstens tageweisen Erwerb gaben. So könnten wir noch spaltenlang in der Aufzählung neuerartiger Bureaumaschinen fortfahren, die im Vordergrund des Interesses stehen. Man sieht: Recht kommen die Bureaubeamten dran! Nicht etwa, daß es ihnen heute zu gut geht. Aber man will, da man bei sinkendem Auftragsbestand für die Rentabilität des Betriebes, also für den übersteigerten Profit fürchtet, nur bei der Verwertung anfangen. Sie soll jetzt ebenso durchrationalisiert werden wie der Produktionsbetrieb. Und Launen von Angelegten werden auf die Straße fliegen, wenn überall diese fabelhaften Maschinen und Verfahren, die nicht einmal teuer sind, eingeführt werden. Eine Buchhaltungskartothek kostet zwei Monatsgehälter. Eine Kopiermaschine deren vier.

Die Direktoren sind natürlich „notwendig“. An ihren Gehältern kann nicht gespart werden. Wer bleibt da noch übrig? Mit diesen wenigen Feststellungen ist natürlich längst nicht alles gesagt. Aber sie sind typisch für den Verlauf der Messe, die ja mit der bekannten abgegriffenen Bezeichnung „Barometer der deutschen Wirtschaft“ belegt wird. Indem wir zugeben, daß allerdings jede Messe, wie sie zweimal im Jahre stattfinden, die Konjunktur entsprechend richtig prophezeit hat, behaupten wir, daß dieser Konjunkturmchwung in solcher Schärfe seit Jahren nicht am Weltmarkt der deutschen Wirtschaft aufgezogen ist. Die Halle der Werkzeugmaschinenfabrikanten ist geschlossen. Die Halle Elektrotechnikindustrie desgleichen. Stahl- und Eisenhüllen zeigen fast ebenso viel Leere wie besetzte Stände. Man hat die Speise für eine Werbung gespart, die doch keinen Zweck hat. Daß auch die Einkäufer in großen Scharen — ausgeblieben sind, sagten wir schon. Und die Kasse, die früher die Straßen beherrschte, ist auf ein Minimum zurückgegangen.

So fängt sich ein trauriger Winter für die deutsche Arbeiterschaft an. Die Zahl der Lohnempfänger, die heute schon erhebliche Lücken aufweist, wird weiter sinken. Auch das Ausland hat nicht gegogen. Nur die Pressevertreter sind vollständig erschienen

und verlassen kampflos und angstvoll, die schlecht. Messe in eine gute umzuwandeln. Ob sie hoffen, daß sich die Geschäftslage, die doch die Lage genau kennen, davon beeinflussen lassen und sich noch schnell unbedachte Bestellungen abgeben werden? Ob sie nur aus Gewohnheit lägen? Oder ob ihr Egoismus sie veranlaßt, ihre eigene Angst um den kommenden schlechten Winter, der von ihnen gebührenden deutschen Unternehmer zu verbergen? Wir wissen es nicht und können es also auch nicht erraten. Wir können nur immer wieder feststellen, daß sich die historische Entwicklung noch weniger nach den Schreibern richtet, wie die Schreiber sich nach der Entwicklung richten.

Die Konjunktur ist zu Ende. Die Krise ist noch nicht gekommen, aber sie ist auf dem Anmarsch. Die Situation für die Arbeiterschaft ist auf dem Wege, sich schnell weiter zu verschlechtern. Aber wir wissen, wie sich das Proletariat aus seiner Not helfen kann. Nicht durch Trauern über die Erwerbslosigkeit, nicht durch Unterwerfung der Unternehmer.

Und noch eins: Das Proletariat als überwiegend größter Verbraucher der Produkte, sollte sich einmal überlegen, daß eine Messe, auch wenn sie noch so schlecht ist, etwa 24 Millionen aus dem Gesamtvermögen des deutschen Volkes kostet, in denen die 800.000 Mark, die aus Reichslohnemitteln dazu gegeben werden, enthalten sind. 24 Millionen für eine ungelohnte Kasse der Unternehmer. Wer bezahlt sie? Die Verbraucher. Je mehr die Kasse kostet, desto mehr muß vom Proletariat ausgebracht werden; entweder bei der Produktion durch erhöhte Anspannung oder bei der Konsumtion durch Preissteigerungen. Auch diese Seite der Medaille sollte man einmal ein bißchen genauer ansehen und dabei beachten, daß nicht nur die Subventionsmittel des Reiches aus der Tasche der breiten Masse fließen.

Paul Brand.

Zugung der Kommunalbeamten und -angestellten

Am 25. und 26. August tagte in Danzig die Spitzenorganisation der verschiedenen Verbände der Kommunalbeamten Deutschlands. Der Tagung ging am 24. August ein Begrüßungsabend durch den Senat der Stadt Danzig voraus, bei dem den Vertretern der Kommunalbeamten reichlich wohlwollende Reden gehalten wurden. In trübem Gegenlicht dazu steht das Verhalten eben dieses Senats mit der Mehrheit seines Volkstages, die jedoch dabei sind, die Gehälter der unteren und mittleren Beamten des Reichstaates Danzig bis zu 25 Prozent abzubauen. Obwohl die kommunalpolitische Fraktion des Danziger Volkstages den Bundestag auf den schändlichen Streich gegen die Danziger Beamten durch ein Schreiben nachdrücklich hinwies, ging dieser mit Stillschweigen darüber hinweg.

Die eigentlichen Verhandlungen begannen am Sonnabend dem 25. August 9 Uhr mit Begrüßungsreden des Vorsitzenden Gustav Schmidt, Berlin. Darauf folgte eine Rede des Präsidenten des überregionalen Bundesverbandes, in deren Mittelpunkt die Propaganda für die Gleichstellungsbewegung stand. Die maßgebenden Führer der kommunalpolitischen Verbände rekrutieren sich aus den höheren Beamtenhöfen, es ist daher nicht verwunderlich, daß reichlich nationale Töne angeschlagen wurden. Der Bund zählt jetzt 100.000 Mitglieder. Im Mittelpunkt der gehaltenen Referate standen die Fragen der Erhaltung des Berufsbeamtenstandes, der Schaffung eines Beamtenrechts, die Mängel und Härten der neuen Bestimmungungen wurde ein Antrag auf Lösung einiger Statutenbestimmungen wurde ein Antrag auf Lösung des Verhältnisses zum deutschen Beamtenmischstand (Deutsches) angenommen. Ferner gelangten zur Annahme Richtlinien für die Organisation der öffentlichen Betriebe, die sich gegen die Überführung kommunaler Betriebe in Privat Hände wenden.

Die Kommunalbeamten fühlen sich mit Recht in ihrer Existenz bedroht. Die unbedingte Herrschaft der Inhaberkategorie verfolgt die Tendenz der privatrechtlichen Bewirtschaftung der kommunalen Betriebe und damit die Annullierung der Beamten auf Privatdienstvertrag. So wies der Genosse Müller, Hannover, der die Reichstagsfraktion der KPD auf der Tagung vertrat, darauf hin, daß eine Kundfrage in 46 rheinisch-westfälischen Städten ergeben hat, daß auf 100 Beamte 272 Angestellte in Privatdienstvertrag kommen. Leider wurde die brennende Frage der Überführung der Dauerangestellten in das Beamtenverhältnis auf der Tagung überhaupt nicht behandelt. Die

Reiner Bohnenkaffee

schafft Wohlbehagen und gute Laune, macht schlagfertig und widerstandsfähig im täglichen Kampf ums Dasein. Man verlange meine Broschüre „Was man vom Kaffee wissen muß“

KLEMM-KAFFEE

Großbrösterel, Dresden-A., Webergasse 39

Direkte Einlaube von Kaffee, Tee und Kakao

STÄDTE UND JAHRE

Roman aus dem alten Deutschland und dem neuen Rußland von Konstantin Fedin

Einzig autorisierte Übersetzung aus dem Russischen von Dmitrij Umanickij

Copyright by Malik-Verlag, Berlin

(38. Fortsetzung)

In den Fabriken, auf den Feldern und in den Schächten wird ja auch im Frieden gearbeitet, aber welche bewundernswerte Energie fördert doch der Krieg gerade in den Menschen an, die gewöhnlich nur einen geringen Anteil an der produktiven Arbeit haben. Ganz abgesehen von den Heeren, die jeden Augenblick damit beschäftigt sind, die kräftigsten menschlichen Persönlichkeiten individuell und gruppenweise niederzuzumeln. Diese Art der Tätigkeit lockt von jeher die Aufmerksamkeit auf sich. Viel reichlicher ist es aber, unsere Blicke zum Beispiel dem Berliner Hotelbesitzer-Verband zuzuwenden, der einige Geschäftsführungen der Erörterung der Frage widmete, ob man das Wort „Hotel“ in „Gasthof“ umwandeln sollte. Nach feurigen Diskussionen wurde der Antrag auf Umbenennung abgelehnt, weil die Hotelbesitzer beschlossen, das Wort „Hotel“ sei „deutsches Ursprungs“. In einer Sitzung des Verbandes deutscher Konditoren wurde über die Frage debattiert, ob es patriotisch sei, Kuchen zu essen. Diese Frage wurde positiv entschieden, da die Bäckermeister feststellen in der Lage waren, daß Konditorwaren überwiegend aus Zucker, Eiern, Rosinen, Mandeln und Kartoffeln zubereitet werden, während Weizenmehl, das die Behörde beschlagnahmt hatte, nur in geringem Maße verwendet wurde.

Frau Urbach hing über die Tür zum Salon ein Eichenstück mit zwei geknickten Verzweigen:

„Wir hie'n in Ost und West
Wie Fels und Eiche fest.“

Marie ging ganz in ihrer Tätigkeit auf. Sie ließ aus Berlin elf Flaggenstangen kommen, die an den Fensterbrettern zu befestigen waren, und dazu Fahnen von drei Meter Länge. Die Kollektion der verbotenen kaiserlichen Fahnenstreifen mußte man das durch die türkischen und bulgarischen Nationalfarben ergänzen. Das kostete Zeit, abgesehen davon, daß man fast täglich eine Kombination von elf Fahnen aus Heßeln wählen mußte, um mit ihnen die Hausfassade zu schmücken.

Schaffung eines Beamtenrechts ist sogar in der Verfassung verprochen, aber bis heute nicht verwirklicht. Wohl keine Kategorie von Arbeitnehmern ist so viel gefördert worden, wie die Beamten. Das Ergebnis ist: den oberen Beamten Fünftelgehälter, den unteren Hungerrationen! Solange die Kommunalbeamten ihre Klassenlage nicht erkennen, solange sie blindlings jedem Schönwägen Beifall klopfen und sich hinterher betragen lassen, solange werden sie in der schlechten Lage der unteren Beamten nichts ändern. In dem bescheidenen Danzig fehlte ein Recht, der die Verhandlungen auf die tatsächliche Wirklichkeit zu bringen vermochte. Statt dessen waren eine ganze Anzahl offizieller und offizieller Regierungs-Male vertreten, die die Tagung zu einer Demonstration gegen die Abtreibung Danzigs gestalteten. Was hier fehlt, ist der bewußte Wille, gesteckte Ziele zu erreichen. An die Stelle beschworener Wünsche muß energischer Kampfwille treten. Stelle Verbindung mit den Arbeitern, nur so kann die Beamtenlage vorwärts kommen. Hoffentlich macht diese Einsicht rasche Fortschritte.

Die Arbeiterkraft soll die Erhöhung der Bahntarife tragen

Die Koalitionsregierung Müller hat sich bekanntlich geschwehrt, die Erhöhung der Reichsbahntarife direkt zu genehmigen. Sie hat zur Täuschung der Öffentlichkeit dem reaktionären Reichsbahngericht den Auftrag gegeben, die Entscheidung für die Tarif-erhöhung zu fällen. Die kommunistische Presse hat gleich bei Anrufung des Reichsbahngerichtes festgestellt, daß damit die Erhöhung der Lohnsätze beschlossene Sache ist. Das reaktionäre Reichsbahngericht, dem der bekannte Unternehmerführer Stiller angehört, hat seiner Entscheidung für Tarifserhöhung eine Begründung beigegeben, in der gesagt ist: „daß eine Tarifserhöhung der schwierigen Lage der Reichsbahn nur dann abhelfen könne, wenn sie nicht eine neue Bewegung auf Arbeitszeitverlängerung oder auf Lohn- und Gehaltserhöhung bei ihr oder ihren Vorfahren auslösen würde.“ Man sieht, das Reichsbahngericht hat den Auftrag der Müller-Regierung gründlich erledigt. Es wendet sich in unerschämter Annäherung nicht nur gegen Lohn- und Gehaltserhöhung des Reichsbahnpersonals, sondern auch gegen Lohnserhöhung in der Industrie. Ebenso wendet sich das Reichsbahngericht gegen Arbeitszeitverlängerung, die für das überlastete Reichsbahnpersonal in erster Linie notwendig ist.

Die Arbeiter sollen also die Folgen der Tarifserhöhung voll auf ihre Schultern nehmen und sich den Reallohn kürzen lassen. Die dummdreiste Begründung des Reichsbahngerichtes muß von der Arbeiterkraft deshalb beachtet werden, weil ja der Reichsarbeitsminister Wiffels schon bisher nach denselben Richtlinien gehandelt hat. Die Arbeiterkraft wird die ganze Macht des Unternehmertums und der Koalitionsregierung gegen sich haben, wenn sie Lohnforderungen stellt.

Darauf ergibt sich, daß sich auch der letzte Arbeiter von der Illusion freimachen muß, als werde die Anrufung der Schlichtungsinstanzen, des Schlichtungswesens, irgendwelche Vorteile für die Arbeiterkraft bringen. Notwendig ist vielmehr, daß die Arbeiter die Geschlossenheit ihrer Reihen erhalten, die Offensive der reformistischen Spalter abwehren, damit sie durch ihre Macht, durch den Kampf, die nötigen Lohnforderungen durchsetzen und die Verkürzung der Arbeitszeit erkämpfen können. Denn bei den ansteigenden Preisen sind die Arbeiter gezwungen, überall Lohnserhöhungen zu fordern, ob die Tarife ablaufen oder nicht. Auf die Herausforderung der Müller-Regierung muß auf der ganzen Linie mit unerschütterlichen Lohnforderungen geantwortet werden.

Die Bewegung der linksrheinischen Braunkohlenarbeiter

Anstatt Streik — Anrufung Wiffels

Am 26. August nahm eine Konferenz der freigewerkschaftlichen Funktionäre des linksrheinischen Braunkohlenarbeiters in Köln zu dem gefällten Schiedspruch Stellung. Die Führer des Bergarbeiterverbandes empfahlen Annahme des Teils des Schiedspruches, der eine völlige ungenügende Lohnserhöhung vorlehrt und Ablehnung des anderen Teils des Spruches, nach dem die bisherige Arbeitszeit weiter gelten soll. Die Vertreter der Opposition forderten Ablehnung des ganzen Schiedspruches, und Aufnahme des Kampfes am 1. September. Die sozialdemokratische Mehrheit der Konferenz beschloß aber entsprechend dem Vorschlag der reformistischen Verbandsführer.

Daraufhin beantragten die Führer des Bergarbeiterverbandes beim Reichsarbeitsminister Wiffels die Verbindlichkeits-erklärung des von der Konferenz angenommenen Teils des Schiedspruches über die Löhne. Die Unternehmer haben dafür die Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches beantragt. Am 21. August sind die Verhandlungen in Berlin. Es steht aber heute schon fest, wie Wiffels entscheiden wird. Die Braunkohlenarbeiter werden infolge der Manöver der reformistischen Führer wieder keine Verkürzung ihrer Arbeitszeit erzielen, wenn sie nicht zur Waffe des Streiks greifen.

Verantwortliche Redakteure: für Text- und Bildmaterial: Rudolf Kerner; für Bildmaterial: Ernst und Friedrich; für Bildmaterial: Richard Spengler; für den Textteil: Ernst und Friedrich; für den Textteil: Richard Spengler; Berlin: Dresdner Verlagsgesellschaft — Druck: „Deutscher“, Dresden-Neustadt

los im Gaslicht. Damals dachte sie, daß alle diese Menschen eigentlich dort geblieben seien, von wo sie kamen; hier auf dem Bahnhof schwannten nur ihre Körper.

Dieser Vorfall war so unendlich, daß es geradezu seltsam war, daß er Marie gerade jetzt, da sie nach der Ursache ihrer Langeweile forscht, in den Sinn kam.

Ebenso unerwartet erinnerte sie sich an die gelblichen Gesichter der Frauen, die sich auf dem Gang in der Schule drängten, wo man Brotkrumen ausgab. Marie war mit der Verteilung der Karten zweimal im Monat beschäftigt, und kein einziges Mal war es ihr eingefallen, die Menschen, die sich in den Gängen drängten, näher anzusehen. Und unlängst, als sie einer Frau sagte: „Könnten Sie nicht höflicher sein,“ erlöste aus dem Winkel eine dünne, winselnde Stimme: „Sie sind selbst nur höflich, weil Sie satt sind.“ Marie hob den Kopf empor und stieg auf ein Dutzend gehetzter, schliefender Augen. Die Frauen, die um den Tisch herumstanden, waren seltsam gelb, als wäre ihre Haut nicht von Blut, sondern von Galle gefärbt. Es waren auch junge Mädchen dabei, aber ihre Jugend konnte man nur an ihren Augen erkennen.

„Ja, schön sind die Mädchen in Sachsen.“

Eine andere Erinnerung verließ sie schon seit langem nicht, keine einzige Minute lang. Was es aber denkbar, daß auch sie nur eine Folge der Langeweile war? Uebrigens erinnerte sich Marie sehr genau daran.

Im Vorfrühling fiel eines Tages Schnee, und es trat Frost ein; es war der letzte Wintertag im rötlichen Licht der tiefen Sonne. Ein süßlicher Geruch durchdrömte die Straße wie nach frisch geflochtenen Körben, und die Menschen, die rasch über die Gehsteige eilten, riefen einander laut zu:

„Was für ein Frost heute ist!“

Über den Stadtplatz kaufte ein Schlitten, der mit kläglichem Ruf empfangen wurde. Eine ganze Schar von Kindern raste ihm nach. In diesem Sonnenschein, da man mit sinken fühlte den brennenden, gleichgültigen Schnee zertrat, mochte man denken, die Welt sei ruhig und ohne Arg, die Menschen hätten sich in städtischen Gassen und Dörfern versammelt, um einander in die Augen zu schauen und sich die Hände zu drücken.

„Fräulein Marie! Ihre Nase ist rötter als eine Tomate!“

Fräulein Marie, geben Sie acht, daß Sie in der Webergasse nicht fallen, da rückt man aus wie auf einer Eisbahn.“

(Fortsetzung folgt)

Unsere 8 süßen Tage

dis. einchl. Sonnabend, den 1. September / Verfügen Sie nicht diese günstige Gelegenheit!
Thams & Garfs, Pirna, Dohnaiche Straße 26
 Telefon Nummer 468



Sächsisch-Böhmische Dampfschiffahrt Aktiengesellschaft
Wochenkarten . RM 11.—
Werktagskarten RM 9.—
 Kinder die Hälfte
 Die Wochenkarten sind gültig vom Montag bis einschließlich Sonntag, die Werktagskarten vom Montag bis einschließlich Sonnabend. Beide Karten berechtigen zur unbeschränkten Benutzung aller fahrplanmäßigen Dampfer bei beliebigen Fahrtunterbrechungen auf der gesamten Strecke Leitmeritz-Mühlberg. Nur Konzertfahrten zuzuschlagspflichtig.

Warum Frischauf-Räder?

Well Qualitätsware, 3 Jahre Gar., äuß. preisw., ohne Überpreise, auch auf Teilzahlung

Well in der eigen., hochmodernen u. neuzeitlichen Fabrik hergestellt und diese dem Arbeiter-Radl.-Band „Solidarität“ gehört

Bei Darzahlung 10 Proz. Rabatt
Zubehörtelle bis zu 30 Prozent herabgesetzt

Fahrradhaus „Frischauf“
 Filiale Dresden, Könnertitzstr. 17, am Wettiner Bahnhof
 Fahrradfabrik mit 19 Filialen im Reiche

Verlangen Sie unseren Räder-Katalog gratis und franko

Brauchen Sie Möbel?

Großes Lager in Speise-, Herren- und Schlafzimmern, Küchen, Stühlen, Tischen aller Art sowie allen Sorten Einzeilmöbel

Zahlungserleichterung!



Möbel-Werkstätten
Gustav Graf
 Pina
 Reibbahnstraße 4

Trinkt Reisewitzer Biere

Hermann Graubner
 Destillation und Likörfabrik
 Telefon Nr. 236 **MEISSEN** Telefon Nr. 236
 Liköre / Fruchtsäfte / Harzer Sauerbrunnen

Restaurant z. Börse, Pirna

Neue Bewirtung
 Wir empfehlen unsere Lokalitäten mit schönem Vereinszimmer zur gefälligen Benutzung. Karl Jost und Frau.

Bettwäsche

gute Qualitäten, sehr preiswert, sowie Restor zum Ausbessern empfiehlt

Pirnaer Restor-Zentrale
 Lange Straße 39

Eigene Schlachtung

Schweineköpfe 1 Schw. Pfd. 80 Pf.
 Kleinfleisch leicht gep. Pfd. 45 Pf.
 Speckfett mit Gr. 1/4 Pfd. 30 Pf.
 Hauschl. Leber- und Blutwurst 1/4 Pfd. 25 Pf.
 Wurstfett 1/4 Pfd. 15 Pf.
Wurstfabrik Walter Jacobsen
 Freiburger Str. 4
 Verkauf nur in der Fabrik im 2. Hof

Werbt neue Abonnenten!

Schuhe

werden in allen Farben um- und aufgefärbt

Max Schulze, Pirna, Schloßstraße 3

Gaststätte
Zur Krone Meissen
 Tabakstraße 53
 hält zu jeder Zeit besten empfohlen. Ang. Vereinszimmer noch frei.
 Otto Bohmann und Frau

Tabak - Fabrikate

Emil Küchler

Pirna, Breite Straße 8

Alle Lebensmittel billigst

Max Hentzsche
 Pirna, Lange Straße 8
 6 Prozent Rabatt

Paul Hering, Pirna
 Wasserstraßenstraße 18 / Fernruf Nr. 782
Brikette frei Haus
 Transporte all. Art

Alle Brikette / Holz Kalk / Zement
 empfiehlt
MAX MEISSNER, Demitz-Thumitz

CAPITOL FREITAL

Ein großes entzückendes Fest-Programm

habe ich anlässlich der am 31. Aug. 1928 stattfindenden Uebernahme des Theaters festgelegt. Keine Kosten und Mühen habe ich gescheut, um ein wirklich gutes und reichhaltiges Programm zusammenzustellen. Ich bringe ab Freitag bis Montag das entzückende deutsche **Groß-Lustspiel** **Heut tanzt Mariett**

Mariett

Regie: FRIEDRICH ZELNIK
 der Meister-Regisseur der schönsten deutschen Filme wie „Blaue Donau“, „Fürster-Christel“ und viele andere

In der Hauptrolle
Lya Mara
 immer graziös und charmant, jeder Situation gewachsen, als Matrose, Holländerin oder Sängerin und

Editta Ott
 persönliches Auftreten der jugendlichen und beliebten Spitzentänzerin auf der Bühne außerdem

Pension „Seerose“
 Eine tolle Grotte in 2 Akten und

Opel-Wochenschau
 Mit diesem überaus glänzenden reichhaltigen Programm, unterstützt von der vorzüglichen Hauskapelle, bin ich überzeugt, meinen Besuchern vom Besten das Beste zu bieten

Beginn der Vorstellungen:
 Werktags: 18, 20.30 Uhr
 Sonntags: 16, 18.15, 20.30 Uhr

Sonntag 14 Uhr: Große **Kindervorstellung**

Heut tanzt Mariett
 und
Editta Ott persönlich

Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz A.-G.

Zweigniederlassung Dresden

Vorteilhaftes Angebot von Seifen und Waschmitteln

verlässlich, gut und waschkraftig
 Seife ist Vertrauensartikel. Die Zuverlässigkeit des Lieferanten ist daher von höchster Wichtigkeit. Die von uns zum Verkauf gebrachten Seifen und Waschmittel stammen aus den bewährtesten Fabriken. Sie sind im Verbrauch sparsam, daher billig!

Haushalt-Seifen

„Ami“-Kernseife . . . 100-g-Stek. 10	Wachskernseife . . . 250-g-Stek. 33
Eifenbeiseife „echt Elefant“, St. 80 u. 15	Wachskernseife . . . 1000-g-Stek. 120
Bosio gelbe Kernseife . . . 200-g-Stek. 18	Sunlichtseife Würfel 35
Granitberger Kernseife 250-g-Stek. 25	Sunlichtseife 250-g-Stek. 40
Prima gelbe Kernseife . . . 400-g-Stek. 38	„Soma“-Seifensehnitzel . . . Paket 45
Spezial-Kernseife „Teil“	„Dresdo“-Kernseife extra, 100-g-St. 75
1000-g-Stek. 100	500-g-Stek. 50
250-g-Stek. 25	
„Warnal“-Kernseife	Gelbe gekörnte Schmierseife, Pfund 45
1000-g-Stek. 104	250-g-Stek. 26

Waschmittel

Sehrfeine Kristallsoda . . . Pfund 8	Seifenpulver „Schwan“ 1/2 Pfd.-Pak. 30
Kalzinierete Soda Pfund 12	Seifenpulv. „Palmölborax“ 1/2 Pfd.-P. 33
„Nanko“-Bleichsoda Paket 15	Seifenpulver „Krone“ 1/2 Pfd.-Paket 35
„Sollix“-Thompson-Bleichmittel, Pak. 15	Seifenpulver „Stern“ 1/2 Pfd.-Paket 35
Reiniger 311 (Bleichmittel) . . . Paket 20	Reinigt, selbstst. Waschmitt. Pak. 35
Burnas (Eiweißmittel) Patrone 60 u. 25	Paral Paket 85 u. 45
Seifenfloeken „Lux“, Pak. 90 u. 50	„Dresdo“ 1/2 Pfd.-Pak. 120
	1/2 Pfd.-Pak. 60

Stärke

Hoffmanns Silberglanzstärke Beutel 10	Malzstärke Pfund 44
Hoffmanns Cremestärke Karton 40	Prima Weizenstärke Pfund 54
Brilliant-Glanzstärke Beutel 35	Allerfeinste Reisstärke Pfund 65

Putz- und Scheuermittel

„Fegeputz“, Scheuermittel Paket 15	„Glebus“, Polierpulver Dose 15
„Ala“, do. Pak. 20 u. 15	Scheuermittel „Lodix“, schwarz, D. 38 u. 22
Sellerbläuer Paket 20	Scheuermittel „Gallin“, schwarz, Dose 25
„Sirax“, do. Paket 20	Scheuermittel „Erdal“, schwarz, D. 50 u. 25
„Vim“, do. Paket 30	Scheuermittel „Erdal“, weiß, gelb, braun und rotbraun Dose 35
Scheuermittel, starke Qual., Stück 45	„Erdal“-Laekschuermittel Tube 45
Scheuermittel, Stück 35 u. 40	„Erdal“, flüssig, das neue Reinigungs-
Auftragbürsten Stück 18	u. Poliermitt. f. a. farb. Lederart., Pl. 65
Handwasch- u. Nagelbürsten, St. 25 u. 15	Alum.-Polierpulver, matt u. glänzend, Pak. 20
Schmutzbürsten Stück 40	

Bohnerwachs, weiß und gelb

für hygienische Fußboden- u. Möbelpflege
 „Kwak“ 1/4 Dose 60, 1/2 Dose 100, 3/4 Dose 125, 1 Dose 225

Toilette-Seifen

Blumenseife Stück 15 u. 12	Oceanseife Stück 60, 40 u. 30
Kön. Wasser-Seife „Doering“, Stek. 15	Dr. Vierlings Familienseife Stück 35
Palmöl-Berzeseife Stück 18	Doering's Kosmoseife, 145-g-Stück 35
Lanolinseife Stück 35, 25 u. 18	Lubus Rosa villosa Stück 40
Mandelseife, echte Stück 20	Triumphseife, großes 200-g-Stück 60
Lavendelseife Stück 50, 45, 30, 22	
Buttermilchseife Stück 35 u. 25	Ein besonderer Schlager:
Thieracks Badeseife Stück 25	8 große Stücke verschied. feine Toiletteseifen i. Colloph.-Beut., nur 85
Fiechtendalseife, feinste Stück 28	

Auf den vollen Betrag vorstehender Preise gewähren wir **Einkaufs-Gutscheine**, die am Jahreschlusse mit **6% Rückvergütung** in bar ausbezahlt werden

Farbige Schuhe

für Herren elegant, Damen preiswert, Kinder neueste Formen

Schuhhaus Grundig

Inh. A. Klieber, Lange Str. 2.